

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Solidaritätsaktion für Flüchtlingen in München

- *Krankenhäuser und Geld: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben – S. 4*
- *Flüchtlinge: Kaum mehr als Symbolpolitik – S. 7*
- *Köln: Positionierung zur Archäologischen Zone /Jüdisches Museum – S. 12*
- *Linkspartei und Europa: Die Zukunft Europas muss den Regierungen endlich entrissen werden – S. 17*
- *Wahlkampfstrategische Aufstellung der Parteien – S. 22*

Ausgabe Nr. 8 am 1. August 2013, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart. stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

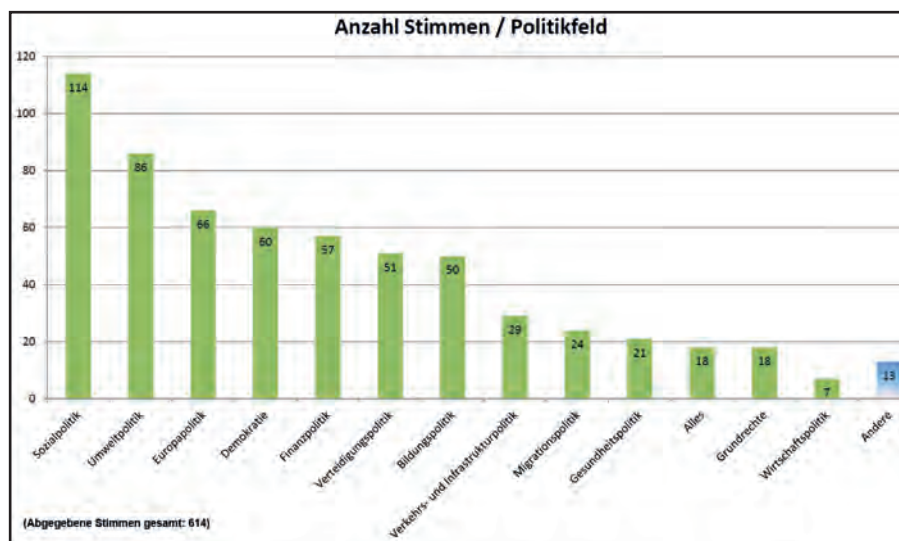
Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Mittlerer Osten: Hegemonie versus Demokratie

maf. Der Aufstand gegen das Militärregime Assads wurde möglich, weil das Militärregime die weitere Entwicklung Syriens in Richtung Industriegesellschaft nicht bewerkstelligen konnte. Der Aufstand ging in den langdauernden Bürgerkrieg über, weil die zivile Opposition nicht in der Lage war, die erheblichen kulturellen, wirtschaftlichen und ethnischen Differenzen, die das Land prägen, zu moderieren. Nun sieht die Welt in Syrien einen Kampf, dessen unerreichbares Ziel die Einung des Landes durch Hegemonie dieser oder jener Gruppierung ist. Die permanente Militarisierung des Konflikts wäre nicht denkbar, wenn die Bürgerkriegsparteien nicht in ganz erheblichem Umfang Unterstützung aus dem Ausland erhielten. In dieser schrecklichen Situation verdienen Pressemeldungen Aufmerksamkeit, die sich mit der Rolle des kurdischen Bevölkerungsteils beschäftigen. Die Kurden Syriens versuchen, wie sich u.a. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 30.7. nachlesen lässt, die Perspektive einer kurdischen Autonomie „innerhalb eines unteilbaren Syriens“ zu wahren. Dies, obwohl die Landkarte und die konkrete Schwäche der Staatlichkeit Iraks und Syriens die

Idee eines kurdisch bestimmten neuen Staates nahelegen würden. Dass die kurdische Politik dieser Versuchung – wenigstens bis jetzt – nicht nachgibt, hat seine Wurzeln in der Strategiediskussion der achtziger Jahre, in der sich schließlich die von der PKK entwickelte Perspektive der „kurdischen-türkischen Einheit für die demokratische Republik in einer gemeinsamen Türkei“ und einer „demokratischen Föderation“ der Staaten im Mittleren Osten gegen klassisch nationalistische Vorstellungen durchsetzte. Diese Strategie entwickelte sich in der über viele Staaten verstreuten kurdischen Kultur, weil sich herausgestellt hatte, dass das Streben nach Hegemonie einer politischen Ideologie, einer Religion, einer Nationalität in wohl keinem einzigen politischen Gebilde des Mittleren Ostens auch nur zur Stabilität führen könnte, geschweige denn zu Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung. Mehr kulturelle und auch politische Selbstbestimmung bei Wahrung staatlicher Einheit und übergreifender Zusammenarbeit im Rahmen einer Föderation – das scheint ein Weg zu sein, auf dem die kurdische Bevölkerung im gegenwärtig tobenden Bürgerkrieg ihre Opfer gering halten und auskömmlichen Frieden mit den Nachbarn suchen kann. – Die türkische Republik gehört dem Nato-Bündnis an,



Volksentscheid-Postkartenaktion: Auf unseren Kampagnen-Postkarten, mit denen unser Volksentscheid-Aufruf unterstützt werden kann, gibt es auch die Möglichkeit anzugeben, über welches Thema der Unterzeichner besonders gerne abstimmen würde. Diese Möglichkeit haben bis dato insgesamt 392 Personen genutzt. Dabei handelt es sich um einen relativ geringen Anteil der Personen, die insgesamt eine unserer Postkarten unterschrieben haben. Die folgende Analyse betrachtet lediglich Postkarten, auf denen Themen festgehalten wurden. Da mehrere Themen angegeben werden können, haben wir 614 abgegebene Stimmen für Themenvorschläge berücksichtigt. Repräsentativ ist diese Umfrage natürlich nicht! Die angegebenen Themenbereiche lassen sich in insgesamt 13 Politikfelder unterteilen: 1. Sozialpolitik 2. Umweltpolitik 3. Europapolitik 4. Demokratie-Reformen 5. Finanzpolitik 6. Verteidigungspolitik 7. Bildungspolitik 8. Verkehrs- und Infrastrukturpolitik 9. Migrationspolitik 10. Gesundheitspolitik 11. Alles 12. Grundrechte 13. Wirtschaftspolitik

www.volksentscheid.de/auswertung_ve-postkarte.html, Charlie Rutz, gekürzt

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

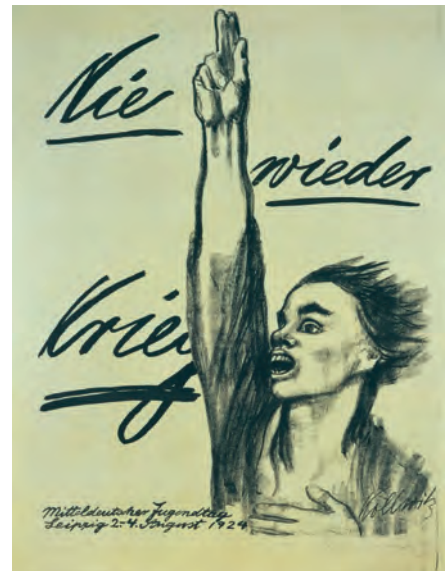
ist durch Verträge mit der EU verbunden und hat mit der BRD eine Reihe von Verträgen über zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Wenn, wie es zu befürchten ist, die Regierung der türkischen Republik in den laufenden Verhandlungen und Gesprächen mit kurdischen Repräsentanten neuerlich den Konflikt sucht, fällt sie auf hegemonial ordnende Politik zurück, und damit auf den Standpunkt, der in das gegenwärtige Elend hingeführt hat. Die Beendigung des PKK-Verbotes in der BRD wäre ein wirksamer Fingerzeig in die andere Richtung.

EU: Kampf gegen Scheinselbstständigkeit

oegb.at, 11.7. bee Der Österreichische Gewerkschaftsbund nimmt zu einem wichtigen sozialpolitischen Vorhaben der EU-Kommission, das im September weiterverhandelt wird Stellung:

Kurz vor der Sommerpause hat die EU-Kommission eine wichtige Konsultation der europäischen Sozialpartner zu einem besonders drängenden Problem gestartet: Der Kampf gegen die – häufig grenzüberschreitende – Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit soll verstärkt werden. Die europäischen Sozialpartner, darunter der europäische Gewerkschaftsbund (EGB), werden der Kommission bis zum 20. September ihre Positionen übermitteln, danach entscheidet die Kommission über die weitere Vorgangsweise. Möglich wäre eine zweite Anhörungsrunde der Sozialpartner mit dem Ziel von Verhandlungen im sozialen Dialog oder die Vorlage eines konkreten Kommissionsvorschlags. Angesichts des sozialpolitischen Stillstands in der EU ist aber nicht auszuschließen, dass sich der Industrieverband BusinessEurope

wieder einmal gegen verbindliche Regelungen auf europäischer Ebene ausspricht und die Initiative torpedieren wird. Die EU-Kommission betont im Konsultationsdokument, dass „nicht angemeldete“ Arbeit ein ernstes Problem darstellt und mit missbräuchlichen Arbeitsbedingungen, mit Sozialabgabenbetrug und Steuerhinterziehung verbunden ist. Verlässliche Zahlen zum Ausmaß des Problems sind naturgemäß kaum zu bekommen. Auch würde Schwarzarbeit mit der Krise deutlich zunehmen, vermutet die Kommission. Wichtig: Die Kommission erkennt endlich das drängende Problem der Scheinselbstständigen an. Häufig seien diese grenzüberschreitend tätig und nehmen die Dienstleistungsfreiheit missbräuchlich in Anspruch. Letztlich sollen dadurch die arbeits- und steuerrechtlichen Bestimmungen des Arbeitsortes, aber auch dessen Lohnvorschriften, ausgehebelt werden. Die Gewerkschaften weisen seit Jahren darauf hin, dass durch die missbräuchliche Entsendung von Arbeitnehmer/innen dem Lohn- und Sozialdumping Vorschub geleistet werde. Neben präventiven Maßnahmen wie Steueranreizen für reguläre Beschäftigung spricht die EU-Kommission auch eine stärkere Abschreckung durch Kontrollen und Strafen an. Derzeit werde an einer stärkeren europäischen Koordinierung und Vernetzung der nationalen Behörden gearbeitet, um „Schwarzarbeit“ auch grenzüberschreitend schneller aufzuspüren und zu ahnden. Dies betrifft vor allem die Arbeitsinspektorate, aber auch Sozialversicherungs-, Steuer- und Zuwanderungsbehörden. Konkret schlägt die Kommission die Schaffung einer europäischen Plattform der nationalen „Durchsetzungsbehörden“ vor.



Antikriegstag 2013

Rüstungsexporte verbieten! Polizei-zusammenarbeit mit Türkei beenden! – Taksim ist überall Friedens- statt Kriegspolitik im Irankonflikt! Bürgerkrieg in Syrien deeskalieren – zivil helfen! – Die Veranstaltungen von Gewerkschaften und Friedensgruppen zum Antikriegstag wenden sich im unmittelbaren Vorfeld der Bundestagswahl vor allem gegen den deutschen Waffenhandel, z.B. die geplanten Lieferungen von Kampfpanzern Leo 2 nach Saudi-Arabien und Katar sowie gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und fordern „Truppen raus aus Afghanistan“, einen Verhandlungsprozess und zivile Hilfe (vgl. auch <http://www.afghanistanprotest.de>).

Vor einer militärischen Intervention und der weiteren Anheizung des Bürgerkrieges in Syrien durch Waffenlieferungen wird gewarnt. Viele der örtlichen Veranstaltungen zum Antikriegstag solidarisieren sich mit den Protestaktionen in der Türkei und verlangen die Aussetzung der Polizeizusammenarbeit mit dem repressiven Erdogan-Regime. Das Dossier IV für zivile Alternativen für Afghanistan kann bei der Friedenskooperative bestellt werden, ebenso Dossiers zum Irankonflikt, zu Syrien und Mali. Im allgemeinen „Antikriegstag-Überblick“ ist auch eine kleine Textsammlung zur Geschichte des Antikriegstags einzusehen.

Aktionsaufrufe und -ankündigungen, Presseberichte sowie die Aktionstermine 2013 (dort auch die Möglichkeit zum Eintrag eigener Veranstaltungen aktuell bei: <http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/aktg2013.htm>)

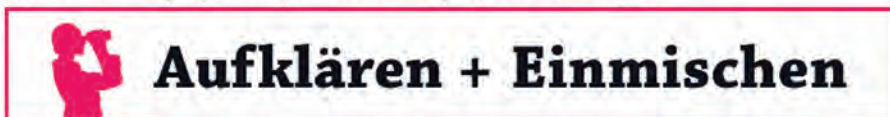
Wie organisieren die USA den Drohnenkrieg?

FAQ-Drohnen Nr. 7 erschienen. Von: IMI
Veröffentlicht am: 23. Juli 2013

www.imi-online.de/download/FAQ_Drohnen7.pdf

Unterstützen Sie jetzt die unabhängige Beobachtungsstelle NSU-watch.

Spendenkonto | Spenden per Lastschrift | Spenden mit Paypal



www.nsu-watch.info. Der NSU-Prozess: Informationen über den bisherigen Prozessverlauf und die Arbeit der diversen NSU-Untersuchungsausschüsse bietet diese Webseite. Nach fast 30 Verhandlungstagen geht der Prozess nun in die Sommerpause. Nicht zuletzt die engagierte Öffentlichkeitsarbeit hat die Nazi-Szene unter Druck gesetzt, sie zeigt durch ihr Verhalten, dass die Taten des NSU von einer breiten Sympathie der Szene getragen wurden. Ob es den Nebenklägern gelingen wird, im Verfahren die tatsächliche, wohl weit verästelten Unterstützungshandlungen dingfest zu machen, ist offen, dem Gericht und den Ermittlungsbehörden ist dran offenbar nicht gelegen. – Die Öffentlichkeitsarbeit an diesem Thema ist aufwändig und belastend. Wir verweisen auf den Spendenaufruf <http://www.nsu-watch.info/spenden/>.

Kontoinhaber apabiz e.V. Kontonummer 3320803BLZ 10020500, Bank für Sozialwirtschaft. Verwendungszweck: Beobachtung

BIC: BFSWDE33BER. IBAN: DE46 1002 0500 0003 3208 03

Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung benötigen wir euren Namen und Anschrift. Wenn ihr die Spende mit dem Verwendungszweck „Beobachtung“ verseht, sind diese zweckgebunden für die Beobachtungsstelle.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Im Bundestagswahlkampf ist es allenfalls ein Thema am Rande: Können die Kliniken auch künftig ihre Leistungen erbringen mit den Geldern, die sie von der Versicherungen und den verschiedenen staatlichen Ebenen, vor allem Länder und Gemeinden, erhalten oder nicht? Das ist eigentlich erstaunlich. Bei den Vorgängerregierungen (SPD-Grüne bis 2004, dann CDU-SPD bis 2009) mit der zuständigen Ministerin Ulla Schmidt ging es oft heiß her. Sie war verantwortlich für die Einführung der zunächst heftig kritisierten Fallpauschalen, alle möglichen Beteiligten beklagten (zu Recht oder auch nicht), dass sie besonders betroffen seien.

Jetzt scheint alles beruhigt. Die beiden Gesundheitsminister von der FDP, zunächst Philipp Rösler, jetzt Daniel Bahr (ich musste den Vornamen nachsehen, so selten kommt er in den Medien vor) scheinen aus der Schusslinie. Ein genauerer Blick lohnt sich aber, denn das Thema Klinikfinanzierung dürfte nach der Wahl wieder mit einiger Heftigkeit auf die Tagesordnung der Politik kommen.

Die Hälfte der Kliniken kommt nicht mit dem Geld aus – die andere Hälfte schon

Denn es gibt Meldungen, die auf Probleme hinweisen: in Baden-Württemberg habe jedes zweite Krankenhaus im vergangenen Jahr ein Defizit gemacht. Die Unruhe darüber wurde erst einmal dadurch gedämpft, dass die Bundesregierung durch eine Erhöhung bei den Fallpauschalen den Kliniken mehr Geld verschaffte, bezahlt von den Krankenkassen (gesetzlich oder privat), die aufgrund der zunehmenden Beschäftigtenzahlen höhere Einnahmen hatten. Das wird aber nur begrenzt ausreichen. Das Problem wird jeder künftige Gesundheitsminister bekommen, egal wie die Wahlen ausgehen.

Man kann nicht sagen, mehr Geld ins System wäre eine Lösung. Dazu ist die Lage zu differenziert. Denn die Nachricht, die Hälfte der Krankenhäuser kam nicht mit den Finanzmitteln aus, heißt auch, die andere Hälfte sehr wohl. Es gibt durchaus Kliniken, die sogar Überschüsse erwirtschaftet haben. Die Trennlinie verläuft dabei nicht zwischen verschiedenen Arten von Eigentümern, es gibt private Kliniken, die wegen einer wirtschaftlich desolaten Lage aufgeben müssen, und es gibt kommunale oder kreiseigene Krankenhäuser, die Gewinne machen. Noch viel weniger spielt eine Rolle, in welcher Rechtsform das Unternehmen

betrieben wird. Es gibt Aktiengesellschaften, GmbHs oder kommunale Eigenbetriebe sowohl bei den Gewinnern als auch den Verlierern. Der Unterschied ist auch nicht, ob ländliche Region oder Großstadt; das Thema Klinikfusionen, Schließung von Standorten oder zähneknirschende Erhöhung von Zuschüssen gibt es sowohl im Kreistag von Biberach als auch in den Gemeinderäten von München, Stuttgart oder auch in den Aufsichtsräten von Stiftungen oder der privaten Helios GmbH.

Neue Finanzierungsmethode – neue „Produktions“methode

Das alles deutet schon auf eine recht komplexe Ursache-Wirkung-Beziehung zwischen Geld und Dienstleistung hin, dabei ist das Thema Qualität der Leistung noch gar nicht angesprochen. Da aber kann man Aufklärung finden. Mit der Einführung der Fallpauschalen, also der Abrechnung von Leistungen des Krankenhauses je nach vorliegendem Fall, also Art und Schwere der Erkrankung, war eine zweite

Maßnahme verbunden, die Einführung moderner Qualitätsmanagementmethoden, wie sie in der industriellen Großproduktion entwickelt wurden, aber inzwischen schon längst auf Abläufe in Dienstleistungsunternehmen usw. übertragen wurden. Damit wurde Gesundheit nicht zur Ware, wie eine allzu schlichte Kritik behauptet. Denn nach wie vor ist der Großteil der vom Gesundheitsbereich in Deutschland erbrachten Leistungen ein Fall, genauer gesagt ein Versicherungsfall. Es ist nicht so wie beim Autokauf oder Friseurbesuch, dass der Kunde einen Wunsch hat, dafür Geld gibt und eine Leistung erhält. Vielmehr ist Krankheit, speziell wenn sie ein Krankenhaus erforderlich macht, ein ziemlich großer Zwischenfall, ein Unglück, gegen das man sich (freiwillig oder als abhängig Beschäftigter per gesetzlichem Zwang) versichert hat. Es gelten daher die Regeln der Versicherungsökonomie, hier nur schlagwortartig einige Stichworte: starke staatliche Regulierung, damit sich bei den Versicherungen nicht

Einige Grundzüge des Qualitätsmanagements im Gesundheitswesen

In einem „Kurzvortrag Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen“ stellt die Corporate Quality Akademie, die u.a. Gesundheitsmanager in Fernkursen ausbildet, vereinfacht die Unterschiede zwischen dem herkömmlichen Krankenhaus und dem nach QM-Gesichtspunkten organisierten Krankenhaus dar. Originaltext:

„Üblicherweise wird ein Kranken-

haus entsprechend den vorhandenen Funktionsbereichen geleitet, also aufgesplittet in die Bereiche medizinische Versorgung, Pflegedienst, Funktionsdienste und Servicebereiche, siehe die Abbildung 2. Demgegenüber würde ein in Prozessen denkendes Krankenhaus völlig anders organisiert sein, denn bei einem idealtypischen Versorgungsprozess wie im rechten Teil der Abbildung ist



Abb. 2: Funktions- und Prozeßdenken im Krankenhaus Quelle: P. Wieteck, PCC

durch Prämiengestaltung eine Selektion bei denjenigen, die man versichert, herausbildet. Das ist eine Konsequenz aus der Zwangsversicherung. Aus dem gleichen Grund, die Versicherung soll sich nicht davonstehlen dürfen, ist die Übernahme von Leistungen zu einem großen Teil ebenfalls durch staatliche Regulierung festgeschrieben. Andererseits soll ein gewisser Wettbewerb zwischen den Versicherungen bestehen, damit sich nicht monopolistische Strukturen verfestigen mit den bekannten Nachteilen (Bürokratismus, kein Sinn für Wirtschaftlichkeit). Ein großer Teil der politischen Diskussionen der letzten Jahre dreht sich genau um diese Regulierungen. Ein vorläufiges Ende hat das gefunden in dem System festgeschriebene Beitragssätze, begrenzter Wettbewerb zwischen den Kassen über eventuelle Zusatzbeiträge (Strafe für unwirtschaftliche Versicherungen) und bei der Übernahme von medizinischen Leistungen, die nicht zum anerkannten Katalog gehören (z.B. Homöopathie und Akupunktur).

Gesetzliche Regulierung soweit man blicken kann – aber nicht mehr in allem angemessen

Eine weitere Konsequenz aus dem zum Großteil versicherungsmäßig organisierten Gesundheitsbetrieb: Auch die

Anbieterseite ist hochreguliert, das gilt insbesondere für den Krankenhausbereich. In Deutschland gibt es eine sogenannte duale Finanzierung der Kliniken: für die Investitionen soll der Staat, konkret die Bundesländer, aufkommen; für den laufenden Betrieb sollen sich die Kliniken aus den Einnahmen von Krankenversicherungen und Privatpatienten finanzieren. Dieses System gibt es seit 1972, der Grund, der damals vorgebracht wurde, ist der regionale Ausgleich, der am besten bei den Ländern liege. Eine wohnortnahe Versorgung müsse sichergestellt werden. Auch die Krankenversicherungen befürworten diese Art der geteilten Finanzierung wegen „Planungssicherheit und Verlässlichkeit“ (Stellungnahme des Deutschen Krankenhausverbandes). Die Kritiker sagen, es kommt zu einer Interessenskollision der Finanzierungsträger. Die Krankenkassen wollen übermäßige Investitionen in betriebskostensenkende Großgeräte, um die von ihnen zu finanzierenden Kosten zu senken, müssen aber keine Wirtschaftlichkeitsrechnung für das gesamte System Krankenhaus anstellen. Umgekehrt schieben die Landesbehörden Investitionen auf, weil sie nicht die Mehrkosten durch mangelnde Rationalisierung tragen müssen, die Haushaltsmittel aber lieber woanders

ausgeben. Die Folge, so die Kritiker, sei eine hohe Ineffizienz.

Tatsächlich deutet sich hier eine ähnlich durchgreifende Änderung wie bei den Fallpauschalen an. Durch die Fallkostenpauschalen ist die Abrechnung der Betriebskosten auf mehr Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern umgestellt worden, dazu passt die zuteilungsorientierte Finanzierung der Investitionen nicht mehr. Es kommt zu Verzerrungen zwischen Krankenhäusern, die aus ihren Fallpauschalen nicht nur die Betriebskosten, sondern auch einen Teil der Investitionen erwirtschaften können, und anderen, die das, aus welchen Gründen auch immer, nicht können. Eine schleichende Veränderung hin zu einer „monistischen“ Finanzierung findet statt. Die Bundesländer schieben Investitionen auf, weil sie Haushalte sanieren müssen. Außerdem gibt es im Bereich der privat geführten Krankenhäuser eine ganze Reihe, die sowieso keine Investitionszuschüsse erhalten, weil sie sich nicht der Krankenhaus-Bedarfsplanung unterziehen. Die EU-Wettbewerbskommission untersucht daher die duale Finanzierung mit dem Verdacht unzulässiger staatlicher Zuschusszahlung.

Der jetzige Gesundheitsminister sagt von sich: „Ich bin ein Anhänger der monistischen Finanzierung“.

alles auf den Behandlungsprozess des Patienten (Kunde) auszurichten.

Erschwert wird die prozessorientierte Umsetzung durch eine oft anzutreffende organisatorische Zergliederung und Trennung von interdisziplinären Hauptprozessen wie dem Behandlungsprozess des Patienten. Aus dessen Sicht bildet die Gesamtheit von an ihm auszuführenden Arbeitsabläufen in einem Krankenhaus keine logische Kette. Vielmehr erfolgt eine unnötige Belastung des Patienten, siehe die Abbildung 3 ‚der Untersuchungstag‘.

Die Qualität von Dienstleistungen in Einrichtungen des Gesundheitswesens und im sozialen Bereich muss systematisch geplant und erbracht werden. Erfolgversprechend sind z.B. Vorgehensweisen wie:

- die prozessorientierte Ausführung der Arbeiten,
- die zielorientierte Auslegung aller Tätigkeiten,
- die Unterstützung aller Tätigkeiten durch arbeitsmethodische Techniken
- und durch verhaltensorientierte Maßnahmen.

Jeder Mitarbeiter ist Kunde und Lieferant gleichzeitig! Jeder kann seinen Anteil am Behandlungsprozess des Patienten nur mit Erfolg erbringen, wenn die notwendigen Informationen rechtzeitig zu ihm gelangen und alle Vorarbeiten ausgeführt sind. Andererseits hängt die Leistung des in der Prozesskette nachfolgenden Mitarbeiters von der Leistung des Kollegen ab. Der in der Behandlungskette nachfolgende Mitarbeiter ist also als interner Kunde des vorherigen Arbeitsschrittes, der als Lieferant fungiert, anzusehen, siehe Abb.6.“

(Manuskript unter www.cqa.de)

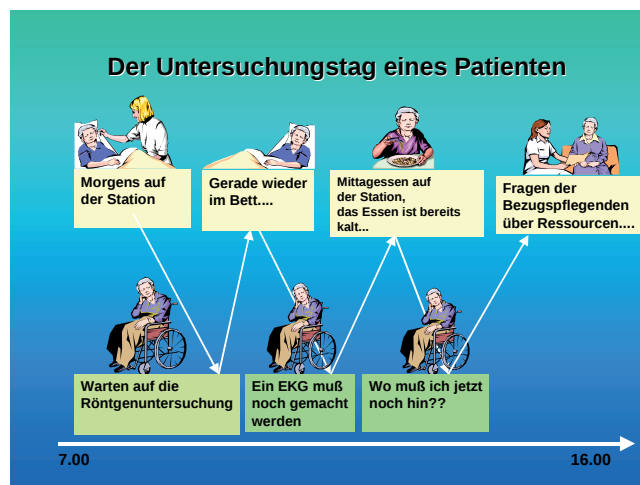


Abb. 3: Der Untersuchungstag eines Patienten Quelle: P.Wieteck, PCC

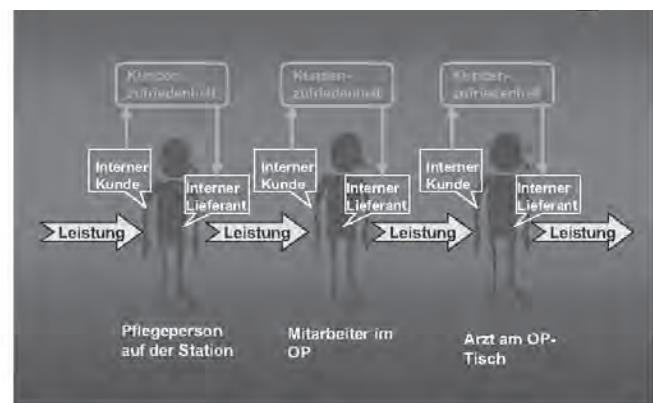


Abb. 6: Das TQM-Prinzip: Jeder ist Kunde und Lieferant gleichzeitig

Aber vermutlich wird nicht nur ein FDP-Minister eine Änderung bei dem System der Finanzierung durchführen müssen; die Mängel sind erkennbar.

Qualitätsmanagement und die Folgen

Doch zurück zu dem Thema, warum manche Krankenhäuser wirtschaftlich ganz gut, andere weniger zurechtkommen. Neben den hier skizzierten unterschiedlichen Rahmenbedingungen bei der Finanzierung von Investitionen spielt vermutlich eine Rolle, ob das Haus „gut geführt“ wird oder nicht. Mit den Fallpauschalen hatte damals die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ein Qualitätsmanagement eingeführt. Die Diskussion darum wurde lange geführt; wir hatten in dieser Zeitschrift bereits vor mehr als zehn Jahren darüber berichtet (Politische Berichte 1/2001 über ein Sachverständigengutachten zum Gesundheitswesen und 16-17/2003 über die Umsetzung von Eckpunkten der Gesundheitsreform, der damals alle außer der PDS zustimmten). Die nach außen wirkende Seite dieser Qualitätskontrolle wird heute von vielen geschätzt: man kann sich im Internet über die Qualität einer Klinik informieren; sie muss die Zahl der durchgeführten Operationen je nach Art aufführen, und man kann oft auch entnehmen, wie die Erfolgsquote ist und der Anteil von Komplikationen. Wirtschaftlich hat das vor allem die kleinen Krankenhäuser unter Druck gebracht. Entweder gelang es ihnen, sich auf bestimmte Behandlungen zu spezialisieren, oder die Abstimmung erfolgte mit den Füßen, die Zahl der Patienten ging zurück. Denn heute spielt für (planbare) Operationen die Wohnortnähe für viele Betroffene nicht mehr die Rolle; wichtiger ist die Wahrscheinlichkeit, dass der medizinische Eingriff erfolgreich ist.

Die Qualitätskontrolle hatte aber eine ähnlich große Wirkung auf die Wirtschaftlichkeit wie entsprechende Methoden in der Industrie oder im Dienstleistungsgewerbe. Die Umsetzungen sind mehr oder weniger gelungen; meist ist es sogar so, dass Patientenzufriedenheit und Wirtschaftlichkeit Hand in Hand gehen. Nur ein Beispiel: Wenn der jetzt an jedem Krankenhaus vorhandene „Case-Manager“ (Fallmanager) nur die einfache Verlängerung eines Computerprogramms ist, der als unsichtbare und unerkennbare Steuerungsinstanz den Patienten von einer Station und einem Untersuchungsprogramm zum nächsten verschiebt, dann sind Friktionen nahezu unvermeidlich und der Patient fühlt sich ausgeliefert. Wenn der Fallmanager dagegen die Prozesse so steuert, dass verständliche und erklärbare Abläufe herauskommen und das gesamte medizinische Personal diese Abläufe kennt und unterstützt, ist Effektivität und

Wirtschaftlichkeit vermutlich eher gegeben und Fehler werden wahrscheinlich auch weniger vorkommen.

Ein Patentrezept für Gemeinde- oder Kreisräte, wie sie die Lage „ihrer“ Klinik zu beurteilen haben, liefern solche Überlegungen natürlich nicht. Ob die äußeren Umstände die Gründe für ein hohes Defizit sind, schlechte Betriebsführung oder was auch immer, das muss im Einzelfall geklärt werden, kein einfaches Thema bei großen und komplexen Häusern. Vielleicht liegt hier noch ein weiterer Grund, warum die Gesundheitspolitik derzeit im bundespolitischen Interesse ein Unterferner-liegen-Punkt ist. Geld, für das die Bundespolitik in erster Linie sorgen muss, ist derzeit genug im System, die Lösungen für einzelne Krankenhäuser in Not müssen auf kommunaler oder Landesebene gefunden werden.

Die Gewerkschaft hat es einfacher: Konflikte zwischen Klinikeigentümern oder -management und den Beschäftigten sind in Folge des Qualitätsmanagement nicht verschwunden; um die Interessen der Beschäftigten bei Entlohnung und Arbeitsbedingungen zu verteidigen, ist in diesem Umfeld genug zu tun.

Prognose: Steuerung durch die Krankenkassen, die müssen dafür aber auch noch fit gemacht werden

Meiner Meinung nach ist das Argument der Effizienz kaum zu schlagen und daher wird die wirtschaftliche und finanzielle Steuerung der Kliniken absehbar vor allem durch die Krankenkassen erfolgen. Damit werden die politischen Gremien, seien es Gemeinderäte oder Landtage, nicht aus der Verantwortung entlassen. Es bleibt auf jeden Fall die grundsätzliche Entscheidung, welche politischen Interventionen sind nötig, um eine Sicherung der Versorgung der Bevölkerung (und zwar aller Schichten) zu gewährleisten.

Zwar sind Tendenzen zur „Zweiklassen-Medizin“ nur in Randbereichen zu erkennen, etwa dem Zugang von Flüchtlingen zum Medizinsystem oder das trotz Gesetzesänderung nicht gelöste Problem von Unversicherten. Aber ganz abstrakt gesprochen: die Vergrößerung der Autonomie des Systems steigert die Gefahr der Exklusion; hier muss linke Politik wachsam bleiben und früh Alarm schlagen.

Eine weitere Evolution des Gesundheitswesens wird infolge der eingeleiteten Entwicklungen, insbesondere der Qualitätskontrolle, unvermeidlich sein.

Ich möchte auf etwas hinweisen, was bisher kaum eine Rolle in der Diskussion um die Steuerung des komplexen Systems Krankenhaus spielt. Die gesetzlichen Krankenkassen (und die Privatkassen) kann man zu einem erheblichen Teil dazu rechnen, denn

ihr Massengeschäft ist das einer Betriebskrankenkasse für Beamte) werden künftig eine größere Rolle spielen sowohl bei der Finanzierung als auch bei der Qualitätskontrolle nicht nur der Krankenhäuser. Auch für die niedergelassenen Ärzte beginnt die Einführung des Qualitätsmanagements in den Praxen; Schulungen in „QM“ sind für die Ärzte seit geraumer Zeit verpflichtend. Ähnlich wie für die Krankenhäuser versuchen die Krankenkassen ein internetbasiertes Bewertungssystem von niedergelassenen Ärzten einzuführen. Wenn die Steuerung der Kliniken mehr bei den Krankenkassen liegt, wird auch die Verbindung von stationären und ambulanten Bereichen des Gesundheitswesens beschleunigt. Bislang betrachtete die Klinik den niedergelassenen Arzt als Konkurrenten; das Argument die Infrastruktur des Krankenhauses sei öffentlich finanziert, bot Ausschlussgründe.

Die Verzahnung von Klinik und niedergelassenen Ärzten ist auch dringend nötig, denn wenn die Aufenthaltszeiten in den Kliniken auf die operativen Eingriffe und unmittelbare Überwachung danach beschränkt sind, muss die Nachsorge durch den Haus- oder Facharzt des Patienten besser organisiert werden.

Wer steuert wen?

Wichtiger wird daher, wer steuert diejenigen, die steuern, also wer bestimmt den Kurs der Krankenkassen? Derzeit ist der mühselige, weil sehr indirekte Weg über die Politik die einzige Möglichkeit. Ein anderer sind die zahlreichen Selbsthilfegruppen von Patienten, die mit oft erstaunlicher Fachkenntnis für Verbesserung bei einzelnen Krankheiten, meist chronischen, in mühseliger Lobbyarbeit die Anerkennung von Behandlungsmethoden und Hilfsmitteln erkämpfen.

Obwohl die Krankenkassen ihrem Selbstverständnis nach Organisationen der Versicherten sind, bleiben deren Einflussmöglichkeiten äußerst bescheiden. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Versicherten, die zwar in allen Satzungen der gesetzlichen Krankenkassen steht, ist auf wenig beschränkt: Den Beitragsatz bestimmt die Bundesregierung. Den Leistungskatalog bestimmen Fachgremien, die vom Bundesgesundheitsministerium kontrolliert werden. Das kann so nicht bleiben. Beim Qualitätsmanagement in der Automobilproduktion ist es dem Stahlblech egal, ob die Toleranz 0,1 Millimeter oder 0,01 Millimeter beträgt. Aber die Hebung der „Produktqualität“ im Gesundheitswesen geht nicht ohne die betroffenen Patienten. Also müssen die Versicherten mehr Möglichkeiten der Mitsprache und Mitgestaltung haben.

Alfred Küstler

Kaum mehr als Symbolpolitik

Wir hatten in der vorigen Ausgabe der „Politischen Berichte“ zu der Räumung eines Camps von protestierenden Flüchtlingen in München die Stellungnahme des Bayerischen Flüchtlingsrats abgedruckt. Die Hoffnung, dass sich trotz des harten polizeilichen Vorgehens etwas an der Asylpolitik ändert, hat sich leider nicht erfüllt, wir drucken dazu die Stellungnahme des Flüchtlingsrats ab, außerdem den Bericht über eine Solidaritätsaktion aus den „Münchner Lokalberichten“. Auch in anderen Städten machen Flüchtlinge auf unerträgliche Behandlung aufmerksam. Seit zwei Wochen machen Asylbewerber aus dem Main-Tauber-Landkreis vor dem Integrationsministerium in Stuttgart darauf aufmerksam, dass ihnen der Landkreis immer noch Essenspakete aushändigt, obwohl die Landesregierung die Umstellung auf Geldleistungen angekündigt hat und die entsprechende Regelung spätestens zum 1. Januar 2014 in Kraft tritt.

Bayerische Staatsregierung kündigt leichte Änderungen in der bayerischen Asylpolitik an / Flüchtlingsrat: Grundlegender Richtungswechsel notwendig!

Der Bayerische Flüchtlingsrat begrüßt, dass innerhalb der Staatsregierung eine Debatte über die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Bayern begonnen hat, kritisiert aber, dass die Änderungsvorschläge bei weitem nicht ausreichen: „Die Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Bayern sind so verheerend, dass es immer wieder zu Suiziden und Suizidversuchen, aber auch zu Protestaktionen wie Hungerstreiks kommt. Wenn die Staatsregierung die Lebensbedingungen wirklich verbessern will, muss eine grundlegende Kurskorrektur in der Asylpolitik folgen. Die über die Medien ventilierten Änderungsvorschläge reichen dafür nicht aus. Sie sind Symbolpolitik, um die Gemüter zu beruhigen“, kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

Residenzpflicht: Flüchtlinge im Asylverfahren sind in Bayern in ihrer Bewegungsfreiheit auf die Regierungsbezirke beschränkt. Wollen sie den Regierungsbezirk verlassen, müssen sie eine Erlaubnis beantragen. Einige Ausländerbehörden verlangen dafür noch immer 10 Euro Bearbeitungsgebühr, obwohl es schon mehrere Gerichtsurteile gibt, die dies untersagen. Ministerpräsident Horst Seehofer hat erklärt, dass die Ausweitung der Residenzpflicht auf ganz Bayern nicht zur Debatte stehe, er hat lediglich die Kommunen gebeten, die „Verlassensserlaubnisgebühr“ von 10 Euro nicht mehr zu erheben.

Dazu Alexander Thal: „Es ist kein Entgegenkommen, die bayerischen

Kommunen zu bitten, die rechtswidrige Verlassensserlaubnisgebühr nicht mehr zu erheben. Der richtige Schritt wäre, die Residenzpflicht sofort auf ganz Bayern auszuweiten, und mit einer Bundesratsinitiative dazu beizutragen, dass diese schikanöse, europaweit einmalige Regelung komplett aus den Bundesgesetzen gestrichen wird!“

Förderung der Rückkehrbereitschaft durch schlechte Lebensbedingungen: Sozialministerin Christine Haderthauer hat angekündigt, den berüchtigten Satz, die Unterbringung in Flüchtlingslagern solle „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“ aus der bayerischen Asyldurchführungsverordnung zu streichen (§ 7 Abs. 5 DV Asyl). Die DV Asyl gibt nur das Ziel der Lagerunterbringung vor, die Pflicht zur Lagerunterbringung ist jedoch im Bayerischen Aufnahmegesetz geregelt.

„Der notwendige Schritt wäre jetzt, schnellstmöglich die Lagerpflicht aus dem Aufnahmegesetz zu streichen. Denn die jahrelange Unterbringung in Flüchtlingslagern in drangvoller Enge und ohne Privatsphäre zermürbt die betroffenen Flüchtlinge und treibt sie in die Verzweiflung. Die Flüchtlingslager sollten nur eine Zwischenlösung sein, um Obdachlosigkeit zu vermeiden, Flüchtlinge sollten danach in Wohnungen umziehen können. Allein die Streichung des widerwärtigen Satzes aus der DV Asyl bringt noch keine Verbesserungen“, so Alexander Thal.

Essenspakete: Bayern ist das einzige Bundesland, in dem Flüchtlinge in Lagern flächendeckend mit Essenspaketen versorgt werden. Christine Haderthauer hat nun angekündigt, den Bezirksregierungen freizustellen, ob sie weiter an den Essenspaketen festhalten oder auf Gutscheine oder Bargeld umstellen wollen.

Alexander Thal: „Wir fordern von Sozialministerin Haderthauer eine klare Ansage an die Bezirksregierungen, die Essenspakete abzuschaffen und Bargeld auszuzahlen. Denn Essenspakete entmündigen die Flüchtlinge und zwingen ihnen Lebensmittel auf, die sie nicht wollen.“

Solidaritätsaktion in München für Non-Citizens

Am 22. Juni begann in München auf dem Rindermarkt ein Hunger- und



Durststreik von etwa 50 Asylsuchenden. Eine Woche später wurde er durch gewaltsame Räumung des Flüchtlingslagers durch die Polizei brutal beendet. Daran erinnerten an der gleichen Stelle Aktivisten der Solidaritätsbewegung und Unterstützer der Flüchtlinge mit einer Kundgebung am 11.7., die bis Mitternacht dauerte. Auf großen Stellwänden wurde auf die Probleme der Flüchtlinge und ihre Lebensbedingungen aufmerksam gemacht und Passanten in Gespräche darüber einbezogen.

In einem Flugblatt der Veranstalter heißt es:

„Wir – entsetzte und wütende Bürger Münchens, der angeblichen Weltstadt mit Herz sind hier um ein Zeichen zu setzen: Was hier passierte darf nicht vergessen werden. Es muss dazu führen, dass die katastrophale Asylpolitik dieser Regierung beendet wird. Wir sind hier um uns mit den Asylsuchenden zu solidarisieren und Gegenöffentlichkeit zu den Tatsachenverdrehungen und Lügen der bayerischen Staatsregierung und der Stadt München zu schaffen...“

Nicole Fritsche von der Partei Die Linke eröffnete die Aktion und verlas u.a. Teile des polizeilichen Auflagenbescheides, in dem untersagt wurde, sich auf dem Platz häuslich einzurichten.

Eine neue Aktionsform demonstrierte der Karikaturist und Miethai-Bastler Bernd Bücking. Während er über die Probleme weltweiten Reichtums und weltweiter Armut referierte, zeichnete er auf großen Stellwänden Karikaturen zu diesem Thema.

Stelltafeln, die auf die weltweiten Kriege und deutsche Waffenexporte hinwiesen und andere Fluchtursachen thematisierten, fanden ebenfalls großes Interesse bei den Passanten und den zahlreichen Touristen, die sich von den polizeilichen Auflagen nicht davon abhalten ließen, sich am großen Rindermarktbrunnen häuslich niederzulassen.

(Münchner Lokalberichte 7/13)

Schweiz: Streik von Spar-Kolleginnen in Dättwil

Seit Anfang Juni kämpfen 21 Angestellte eines Spar-Tankstellenshops in Dättwil (Schweiz, Aargau) gegen Niedriglöhne, Lohndiskriminierung von Frauen und chronischen Personalmangel. Schnell entwickelte sich der Streik in einem kleinen Dorf im Aargau mit weniger als 3000 Einwohner zu einem Referenzpunkt der gesamten Schweizer Gewerkschaftsbewegung und erhielt auch außerhalb der Schweiz größere Aufmerksamkeit. Der Arbeitskampf der Spar-Kolleginnen in Dättwil war bereits nach wenigen Tagen der längste Streik in der Geschichte des Schweizer Einzelhandels. Zwei Wochen lang weigerte sich die Spar-Geschäftsleitung Verhandlungen mit den Streikenden und der Schweizer Dienstleistungsgewerkschaft Unia aufzunehmen. Doch nach beeindruckenden Solidaritätsbekundungen der Einwohner des kleinen Dättwil und zahlreicher solidarischer Gewerkschaften aus dem In- und Ausland und der ungebrochener Streikbereitschaft der Spar-Belegschaft in Dättwil willigte die Geschäftsführung Mitte Juni doch ein, Verhandlungen aufzunehmen. Allerdings versucht das Spar-Management seither die Spar-Beschäftigten mit fristlosen Entlassungen und einer verschleppenden Verhandlungstaktik zu demoralisieren. Unia fordert die missbräuchlichen fristlosen Kündigungen zurückzunehmen.

Quelle: <http://international.gpa-djp.at>, <http://www.unia.ch> 8.7.2013

Österreich: Übernahme statt Fremdvergabe!

„Aufgeben ist keine Option“, stellten David Lang, Florian Toifl und Raymond Karner vor einem Jahr klar, als die „Glück auf!“ erstmals über ihren Fall berichtete. Damals waren die drei jungen Leiharbeiter von ihren Kolleginnen und Kollegen beim Arbeitskräfteüberlasser AGO gerade als Betriebsräte gewählt worden. Kurz vor der Wahl wurden sie allerdings noch eilig zum Zuge eines „Betriebsüberganges“ zu einem neuen Unternehmen (freilich ebenfalls vom AGO-Geschäftsführer geleitet) transferiert und prompt gekündigt. Ein Jahr lang kämpften die frisch gewählten Betriebsräte mit Unterstützung der Produktionsgewerkschaft Pro-GE in Gerichts- und Mediationsverfahren für ihr Recht.

„Trotz aller Schwierigkeiten haben wir unsere Aufgabe als Betriebsrat konsequent wahrgenommen und uns für die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt“, sagt Raymond Karner. Der Einsatz sollte sich bezahlt machen, eine Betriebsversammlung mit 450 AGO-Beschäftigten brachte schließlich die

Wende. „Dort wurde offensichtlich, was davor immer wieder infrage gestellt wurde: dass die Kolleginnen und Kollegen voll hinter uns stehen“, berichtet Karner. Die Betriebsräte setzten sich in fast allen strittigen Punkten durch.

Zeit, den Erfolg zu genießen, blieb allerdings keine. Der einzige Großkunde von AGO ist das Allgemeine Krankenhaus der Stadt Wien (Wiener AKH), wo rund 700 ArbeiterInnen und 300 Angestellte überlassen sind, und der Vertrag für den Bereich Reinigung steht jetzt vor der Kündigung. Bei der bereits laufenden Neuausschreibung kann AGO nicht mitbieten, diese richtet sich nur an das Reinigungsgewerbe. 350 Beschäftigte sind davon betroffen und auch die weiteren Verträge von AGO wackeln. Die Hoffnung auf adäquate Weiterbeschäftigung durch AGO selbst ist gering. Im günstigsten Fall könnten die Betroffenen vielleicht bei einem künftigen Auftragnehmer des AKH unterkommen – allerdings mit heftigen Verlusten.

Der AGO-Betriebsrat fordert daher die Übernahme durch das AKH selbst. „Dass die seinerzeitige Vergabe an AGO heftig in der Kritik steht, dafür sind nicht die Beschäftigten verantwortlich und dafür sollten sie nicht die Rechnung zahlen müssen. Eine Übernahme ist die einzige saubere Lösung.“ (*Zeitung Glück auf! Der Produktionsgewerkschaft Pro-GE*)

Quelle: <http://initiativeuebernahme.com>, 10.7.2013

Spanien: Streik bei Swissport dauert an

Der Streik von der ITF angeschlossenen Gewerkschaften in Spanien dauert trotz gewerkschaftsfeindlicher Taktiken des Arbeitgebers Swissport an. In den Monaten Juni und Juli wurde in acht Flughäfen des Landes an mehreren Tagen gestreikt. Indessen wird berichtet, dass Swissport streikende Beschäftigte durch Zeitarbeitskräfte ersetzt. Anlass des Ausstands war der Abbruch der Verhandlungen über einen neuen Kollektivvertrag, nachdem Gewerkschaften und Arbeitgeber sich nicht auf annehmbare Mindestnormen verständigen konnten. Einer gemeinsamen Presseerklärung der Confederación Sindical de Comisiones Obreras (Ccoo), der Union General de Trabajadores (UGT) und der Union Sindical Obrera (USO) zufolge hat Swissport versucht, Zeitarbeitskräfte als Streikbrecher einzusetzen, droht streikenden Beschäftigten mit Konsequenzen und zwingt Verwaltungspersonal zur Übernahme manueller Tätigkeiten in der Fluggastabfertigung. Die Gewerkschaften werfen Swissport zudem vor, zur Aufrechterhaltung des Betriebs gegen Sicherheitsvorschriften zu verstoßen, was Bedenken im Hinblick auf

die Sicherheit der Fluggäste aufwirft. Dazu Gabriel Mocho Rodriguez, ITF-Sekretär der Sektionen Zivilluftfahrt und Fremdenverkehrsdienste: „Es ist bedauerlich, dass Swissport nicht in der Lage ist, mit seinen Beschäftigten zu einer Einigung über akzeptable Mindestarbeitsnormen zu gelangen. Noch enttäuschender sind die Berichte von anschließenden Versuchen zur Beeinträchtigung des Grundrechts der Beschäftigten auf Streik – besonders, wenn dadurch die Sicherheit der Fluggäste bedroht ist.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 9.7.2013

Südafrika: Satawu ruft zum Streik bei Airlines auf

Im Zuge eines Arbeitskonflikts über Lohnerhöhungen rief die der ITF angeschlossene South African Transport and Allied Workers' Union (Satawu) zum Streik bei South African Airlines (SAA) auf. Sie hatte ihre Streikabsicht schon zu Beginn des Monats angekündigt und am Donnerstag, dem 11. Juli 2013, vom Arbeitsgericht die offizielle Genehmigung erhalten. Nach mehreren vielversprechenden Treffen mit dem SAA-Management hatte sie bis vor kurzem noch gehofft, einen Ausstand abwenden zu können. Nun hat das Management jedoch nach Auskunft der Gewerkschaftsspitze einseitig eine Lohnerhöhung beschlossen, die unter der ohnehin schon moderaten Forderung der Gewerkschaft liegt. Der nationale Koordinator der Sektion Zivilluftfahrt der Satawu, Matthew Ramosie, erklärte vor Beginn des Streiks: „Die Führungsspitze der Satawu betrachtet diese Vorgehensweise der Unternehmensleitung als Versuch zur Schwächung der Satawu und ihrer Mitglieder. Angesichts der Tatsache, dass sie es sich leisten kann, die Beschäftigten in anderen Bereichen weit höher zu bezahlen, sind wir nachdrücklich der Meinung, dass unsere ursprüngliche Lohnforderung angemessen und erfüllbar ist.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 23. Juli 2013

Libanon: Gewerkschaft bringt Mondelez vor Schiedsgericht

Am 17. Mai wurde über 100 Beschäftigten von Mondelez (Kaugummifabrik) in Beirut eröffnet, dass ihr Betrieb geschlossen werde und sie alle keine Arbeit mehr hätten. Die Produktion soll nach Ägypten verlagert werden, wo die Kosten niedriger sind und wo das Unternehmen letztes Jahr mit der Entlassung von fünf Gewerkschaftsführern in Alexandria die Gewerkschaft zerschlug. Trotz zahlreicher Bitten während mehrerer Monate um Erklärungen für das ungewöhnliche niedrige Lagerbestands- und Produktionsniveau wurde der Cadbury

Adams-Gewerkschaft versichert, dass alles in Ordnung sei und sie nichts zu befürchten hätten. Am 17. Mai wurden die Beschäftigten in die Betriebskantine bestellt, wo ihnen in Anwesenheit bewaffneter Männer eröffnet wurde, dass der Betrieb geschlossen werde und der 19. Juni der letzte Zahltag sei. Die Betriebsleitung erklärte gegenüber der Gewerkschaft mit Nachdruck, dass der Einsatz von Bewaffneten normal sei, wenn Schließungen bekannt gegeben würden! Der Zugang zu den normalen Telefon- und Internetverbindungen wurde sofort unterbrochen. Die Büroräume von Mondelez auf dem Gelände des Fabrikkomplexes wurden unverzüglich an einen anderen Standort verlegt. Das Unternehmen hat anfängliche Zusagen, die Krankenversicherung der Beschäftigten für den Rest dieses Kalenderjahres weiterzuzahlen und eine Entschädigung wegen Nichteinhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist sofort zu zahlen statt als Teil eines endgültigen Abfindungspakets, um es den Beschäftigten zu ermöglichen, ihren laufenden finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, nicht eingehalten. Die Gewerkschaft glaubt, dass das Unternehmen versucht, sich die Beschäftigten durch Aushungern gefügig zu machen, und hat das Arbeitsministerium um Unterstützung in dem Abfindungsstreit ersucht. Jetzt ist eine Abfindungsregelung festgelegt worden, und das Unternehmen wird die Krankenversicherung der Beschäftigten für den Rest des Kalenderjahres weiterzahlen.

<http://cms.iuf.org>, 4.7. und 22.7.2013

Philippinen: Gewerkschafter erschossen

Antonio „Dodong“ Petalcorin, einer der Führer des Netzwerks der Transportgewerkschaften (NETO-APL-ITUC), wurde am 2. Juli 2013 direkt vor seinem Haus erschossen. Der Mörder wurde von einer Überwachungskamera gefilmt, als er ganz in Ruhe auf einem Motorrad entkam. Die Gewerkschaft hat den Verdacht, dass Benjamin Go, der regionale Direktor des Regulations- und Franchisingausschusses für Landtransportwesen (LTFRB) in Davao City, hinter dem Mord steckt. Dodong war Mitglied einer Gruppe von Gewerkschaftsführern im Transportwesen, die die korrupten Praktiken, derer der Direktor beschuldigt wurde, anprangerten und im Oktober 2012 eine Kampagne für seine Absetzung starteten. Dodongs Kollegen glauben, dass der Mord die Fortsetzung einer Reihe von Versuchen ist, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die die Korruption im LTFRB-Büro aufdecken, unter der vor allem kleine öffentliche Transportunternehmen und Selbständige leiden. Sie führen unter

anderem das Beispiel von Emilio Rivera, dem früheren Vorsitzenden von Matina Aplaya Transport Cooperative – einer unabhängigen Gruppe von Transportarbeitern – an, der ebenfalls erschossen wurde. Ein weiterer Fall ist Carlos Cirilo, der knapp überlebte, als eine Granate in sein Haus geworfen wurde, aber zum Glück nicht explodierte. Dodong, Emilio und Cirilo haben eines gemeinsam – sie waren Kläger in einer Anzeige wegen Korruption gegen Benjamin Go.

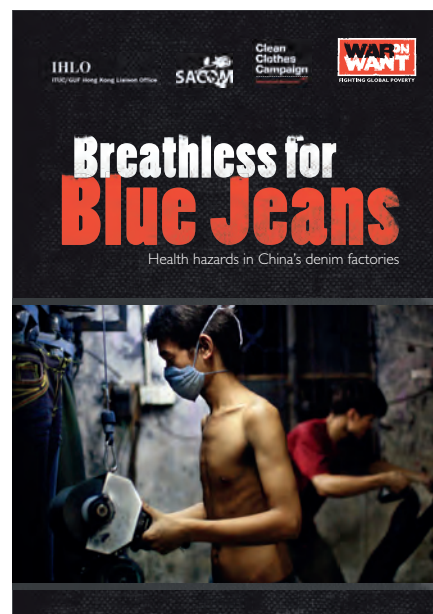
Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net>

China: Sandgestrahlte –atem-raubende Jeans

Viele Unternehmen, darunter H&M, Levi's, Vero Moda und Lee haben bereits vor drei Jahren das Sandstrahlen von Jeans verboten. Nun decken neue Recherchen auf, dass in chinesischen Fabriken trotz Verbote immer noch sandgestrahlt wird. Die neueste Recherche der Clean Clothes Kampagne, War on Want, Sacom (Student and Scholars Against Corporate Misbehaviour, Hongkong) und Ihlo (Hong Kong Liaison Office of the international trade union movement) zeigt auf, dass zwischen 2009 und 2012 zwar insgesamt weniger sandgestrahlt wurde, die Sandstrahltechnik aber trotz Verbote von Markenfirmen noch immer verbreitet vorkommt. Untersucht wurden sechs Fabriken in China, wobei zwei Fabriken zu den ganz grossen chinesischen Kleiderfabrikanten mit insgesamt mehreren tausend Angestellten gehören. Die untersuchten Fabriken produzieren u.a. für bekannte Marken wie Lee, Levis, H&M, Hollister, Old Navy, Wrangler, Jack&Jones, Only, Vero Moda, Amercian Eagle etc. Sandstrahlen ist ein Verfahren, das stark gesundheitsgefährdend für die Beschäftigten ist und mitunter zum Erstickungstod führt. Jeans werden dabei mit Sand bearbeitet, vergleichbar mit einem Gartenschlauch, aus dem mit hohem Druck Quarzsand strömt. Der Staub, den die Beschäftigten bei dem Verfahren einatmen, setzt sich in ihren Lungen fest, was meist zur unheilbaren und in vielen Fällen tödlichen Lungenkrankheit Silikose führt – eine Krankheit, an der auch Bergwerker leiden. Ein für den Bericht befragter Arbeiter beschreibt seine Arbeit so: „Unsere Abteilung ist voller Jeans und schwarzem Staub. Die Temperatur in der Fabrikhalle ist hoch. Es ist schwer zu atmen. Ich habe das Gefühl, als würde ich in einem Kohlenbergwerk arbeiten.“ Die Recherche zeigt auch, dass der Schritt weg von der Sandstrahltechnik nicht unbedingt bessere Arbeitsbedingungen bedeutet. Alternativtechniken, z.B. die Verwendung von chemischen Sprays um den „Used-Look“ zu erreichen, sind eine massive

Gesundheitsgefährdung für die Beschäftigten, insbesondere, weil sie dabei kaum Schutzkleidung tragen.

Wir rufen alle Markenunternehmen auf, sich zu einem Verbot von Sandstrahlen in der eigenen Produktion zu verpflichten und sicherzustellen, dass dieses Verbot auch eingehalten wird. Markenunternehmen sollen ihre Zulieferbetriebe dabei unterstützen, sichere Alternativlösungen zu finden und nicht mit Zulieferern arbeiten, die sich weigern, den Einsatz von Sandstrahlen in ihren Produktionen abzuschaffen. Markenunternehmen müssen sichergehen, dass allen ArbeiterInnen eine Einschulung bekommen und angemessene Sicherheitseinrichtungen zur Verfügung stehen. Markenunternehmen können eine weitere Rolle in der Beendigung der Anwendung von Sandstrahlen spielen, indem sie bei ihren Designs auf „Used-Look“-Jeans verzichten. Markenunternehmen sollten in den Produktionsländern in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften



und NGOs umfassende Überprüfung für ihre Zulieferer einführen. Darüber hinaus sollten sich Markenunternehmen um mehr Gesundheit und höhere Sicherheit am Arbeitsplatz bemühen.

Wir rufen alle nationalen Regierungen auf, ein sofortiges Verbot von Sandstrahlen zu erlassen, sowie die Implementierung von Arbeitsschutzrichtlinien zu überwachen.

Wir rufen die EU zu einem ausdrücklichen Verbot von Sandstrahlen in der Bekleidungsindustrie und einem Importverbot von sandgestrahlten Jeans auf. Weiter verlangen wir, dass der Einsatz von Sandstrahlen innerhalb der EU selbst, insbesondere in Portugal und Italien, geprüft und der Gebrauch eingestellt wird.

Quelle: <http://www.saubere-kleidung.de>, 10.7.2013

Grundwerte im Wahlkampf

BERLIN. Das Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte fordert den Bundestag und die künftige Bundesregierung auf, Menschen ohne Papiere einen sanktionslosen Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen und zur Gerichtsbarkeit zu ermöglichen.

Forderung: Das Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte fordert den Bundestag und die künftige Bundesregierung auf, die Übermittlungspflicht gemäß § 87 Aufenthaltsgesetz für den Bereich der öffentlichen Gesundheitsversorgung einschließlich der Sozialbehörden aufzuheben.

Zur Begründung: Das Recht auf Gesundheit unabhängig vom Aufenthaltsstatus gehört zu den unveräußerlichen Menschenrechten und ist von der Bundesrepublik Deutschland durch Unterzeichnung zahlreicher völkerrechtlicher Abkommen (...) anerkannt worden. (...) Die in § 87 Aufenthaltsgesetz festgelegte Übermittlungspflicht öffentlicher Stellen, zu denen auch Krankenhäuser und Krankenversicherungen in öffentlicher Trägerschaft sowie Gesundheitsämter und Sozialämter zählen, an die Ausländerbehörden mit der Rechtsfolge drohender Abschiebung von Menschen ohne Papiere steht mit der zuvor dargelegten völkerrechtlichen Verpflichtung nicht in Einklang. (...)

Forderung: Das Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte fordert den Bundestag und die künftige Bundesregierung auf, die Übermittlungspflicht gemäß § 87 Aufenthaltsgesetz für die öffentliche Gerichtsbarkeit aufzuheben.

Zur Begründung: Menschen ohne Papiere muss ermöglicht werden, im Falle einer Rechtsverletzung die öffentliche Gerichtsbarkeit in Anspruch zu nehmen, ohne infolge der auch für diesen Bereich geltenden Übermittlungspflicht eine Abschiebung zu befürchten. Dies gilt insbesondere für die Straf- und Arbeitsgerichtsbarkeit. Vor allem die Aufhebung der Übermittlungspflicht für die Arbeitsgerichte ist unerlässlich, um die immer wieder vorkommende Ausbeutung von Menschen ohne Papiere durch skrupellose Arbeitgeber zu unterbinden. (...) Auch bei unmenschlicher Behandlung, Vergewaltigung, Menschenhandel, gewalttätigen Übergriffen etc. muss Menschen ohne Papiere der Rechtsweg zur Wahrnehmung ihrer Rechte ohne Furcht vor Statusaufdeckung offen stehen.

www.aktioncourage.org

Schiebt Flüchtlinge nicht aufs offene Meer zurück!

Petition: Auf dem ägäischen Meer kommt es immer wieder zu schockierenden Vorfällen: Flüchtlingsboote



werden von der griechischen Küstenwache manövrierunfähig gemacht, Frauen, Männer und Kinder etwa aus Syrien oder Afghanistan aufs offene Meer zurückgestoßen und ihrem Schicksal überlassen. Dadurch verhindert die Küstenwache, dass Menschen Asyl beantragen können, und setzt Leben aufs Spiel. Seit August 2012 sind über 100 Menschen bei dem Versuch ertrunken, Griechenland über den Seeweg zu erreichen.

Diese lebensbedrohlichen „Pushback“-Operationen der griechischen Küstenwache und andere Methoden der Abschiebung von Flüchtlingen dokumentiert Amnesty International in einem aktuellen Bericht. Darin kritisiert Amnesty auch die lange und automatische Inhaftierung von Asylsuchende und Migranten in Griechenland. Asylsuchende, die nichts getan haben, als Schutz in der EU zu suchen, werden über Monate und zum Teil Jahre in Haft gehalten, darunter auch Kinder. Oft herrschen in den Hafteinrichtungen unmenschliche Bedingungen. Setzen Sie dagegen jetzt ein Zeichen! Beteiligen Sie sich an unserer Online-Petition und fordern Sie den griechischen Minister für öffentliche Ordnung und Bürgerschutz Nikos Dendias auf, die illegalen Zurückweisungen und die willkürliche Inhaftierung von Flüchtlingen zu beenden!

<http://blog.amnesty.de/aktuelles/2013/07/23/wir-werden-weiterkaempfen.html>

Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014 vorbereiten

FRANKFURT A.M. Einladung zur Vorbereitungstagung zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014 am 26.

September 2013 in Frankfurt/M. – Noch nie war die Beteiligung an den Internationalen Wochen gegen Rassismus so groß wie in diesem Jahr: 1.380 Veranstaltungen an weit über 300 Orten haben gezeigt, wie stark das Bedürfnis



ist, sich aktiv gegen Ausgrenzung zu engagieren – und wie notwendig eine Kultur der Anerkennung ist.

Diese Erfahrungen wollen wir bei der Vorbereitungstagung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014 aufgreifen. Sie steht unter dem Motto „Anerkennen statt Ausgrenzen!“. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir diskutieren, wie dieser Anspruch in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen umgesetzt werden kann.

<http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/>

„Rock gegen Rechts Stralsund“ rockt nun bereits seit acht Jahren

STRALSUND. Was mit einem Schülerprojekt als Informationsveranstaltungen begann, ist mittlerweile zu einer sehr beliebten Konzert- und Bildungsreihe geworden.

Im letzten August begannen die Aktionstage „Rock gegen rechts“ mit einem lautstraken Konzert in der Kulturkirche. Rund zweihundert Jugendliche waren zum Auftakt gekommen, um ordentlich abzurocken. In der Vorhalle standen verschieden Stände von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen. So schien das Motto des Abends: Drinnen feiern und draußen diskutieren. Musik, die Spaß macht, aber auch im Kopf bewegen will! Insgesamt 800 Besucherinnen und Besucher waren letztes Jahr bei den Aktionstagen und Konzerten dabei.

An diesen Erfolg will die Initiative dieses Jahr anknüpfen: Vom 17. August bis 7. September 2013 gibt es wieder „Laute Töne gegen braune Einfalt“. Unter dem Motto „Kein Vergeben, kein Vergessen – Kein Kiez für Nazis“ wollen die Veranstalter den Raumergreifungsstrategien der Nazis ein klares Statement entgegensetzen. In diesem Jahr geht es vor allem um die Bundestagswahlen 2013. Die Initiative „Rock gegen Rechts Stralsund“ möchte junge Menschen für die Themen Rechtsextremismus und rechte Gewalt sensibilisieren und auf die Gefahr, die von Parteien wie der NPD ausgeht, hinweisen. In Mecklenburg-Vorpommern erreicht die NPD stets überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse. Als 2006 ein NPD-Kandidat Einzug in die Kommunalvertretung fand und der Anspruch zu rechten Parteien besonders bei Erstwählenden sehr hoch war, sahen sich die Initiatoren des Projekts in der Pflicht, aufklärerisch aktiv zu werden. www.amadeu-antonio-stiftung.de

Die unterschätzte Gefahr des Normalbetriebs

BROKDORF. Ab dem 10. August ist es mal wieder soweit: An diesem Tag beginnt die Revision des AKW Brokdorf. Der Reaktordeckel wird geöffnet,



um Brennelemente zu wechseln. Der Ausstoß radioaktiver Edelgase wird ungefähr auf das 160-Fache steigen, dabei ist er schon im Normalbetrieb unerträglich hoch: Rund um das AKW Brokdorf erkranken anderthalb mal so viele Menschen an Krebs, wie statistisch zu erwarten wäre.

Wir finden dieses Risiko für die AnwohnerInnen nicht hinnehmbar. Zusammen mit der Anti-Atom-Initiative Pinneberg, Brokdorf-akut und der Göttinger Anti-Atom-Initiative veranstalten wir deshalb ab Samstag, 20. Juli, eine Karawane gegen das AKW Brokdorf. Wie die gefährliche Strahlung starten wir am AKW und gelangen bis nach Hamburg. Abschluss ist am Samstag, 27. Juli, in Hamburg. Die Karawane ist ein Protestmarsch, besondere Aufmerksamkeit erregt sie mit einem Krankenbett, das sie begleitet und die Krebsgefahr durch das AKW symbolisiert. www.ausgestrahlt.de

Aufruf an Minister Peter Ramsauer



Herr Ramsauer, Prestigeprojekte stoppen! Steuergeldverschwendung beenden! Schlaglöcher stopfen statt immer neue Straßen bauen! Bürgerinnen und Bürger beteiligen!

1. Setzen Sie klare Prioritäten: Erhalt statt Neubau! Gewährleisten Sie den vollständigen Erhalt der Substanz des bestehenden Fernstraßennetzes und die umfassende Sanierung der Brücken innerhalb von 15 Jahren. Geben Sie kostengünstigeren und umweltverträglichen Alternativen den Vorzug vor jeglichem Neubau.

2. Keine Projekte ohne Bürgerbeteiligung! Beteiligen Sie uns BürgerInnen effektiv von Anfang an und nicht erst, wenn das Ob und Wie der Planung bereits feststeht. Nehmen Sie keine Projektanmeldung für den Bundesverkehrswegeplan an, bei der die Bürger nicht qualifiziert beteiligt wurden und alle sinnvollen Alternativen (ein-

schließlich der „Nullvariante“, Lösungen im Bestand, Verkehrsverlagerung und -vermeidung) mit ihnen ausreichend diskutiert wurden. Stellen Sie alle dafür nötigen Informationen zur Verfügung. Legen Sie alle Gutachten und Planungsunterlagen offen! www.bund.net, www.mobil-statt-verplant.de/mitmachen/

Einladung zur europäischen Blockupy-Aktionskonferenz

BLOCKUPY 2013– das waren intensive und kraftvolle Tage der gemeinsamen Aktion und des gemeinsamen Widerstands. Wir haben in vielfältigen ungehorsamen Aktionen deutlich gemacht, wie die Krisen- und Verarmungspolitik in unser Leben und in das Leben von Millionen Menschen auf der Welt eingreift. In Bewegung bleiben! / Let's meet in Frankfurt! vom 25. bis 27. Oktober in Frankfurt/M. Gegen das europäische Spardiktat, gegen das Kommando der EU-Troika, für die Europäisierung unseres Widerstand und echte Demokratie. <https://blockupy-frankfurt.org/wp-content/uploads/2013/07/einladung-europaeische-blockupy-aktionskonferenz-oktober-2013.pdf>

Freiheit statt Angst – Ein Zwischenbericht

Der 7. September rückt näher und auch im Bündnis „Freiheit statt Angst“ bewegt sich einiges. Wir sind mittlerweile auf über dreißig Organisationen, Vereine und Initiativen angewachsen. In den letzten Tagen sind unter anderem Attac, Campact und der VZBV hinzugekommen. Neben vielen alten Bekannten, wie zum Beispiel dem FfF oder der Free Software Foundation, sind auch die Freie Ärzteschaft und die Initiative „Stoppt die e-Card“ wieder mit an Bord. Überwachung betrifft uns alle! Lasst uns mit einem möglichst breiten Bündnis in Berlin auf die Straße gehen, auch ihr könnt mitmachen. Damit am Ende niemand behaupten kann, von nichts gewusst zu haben, wird auch weiterhin fleißig Mobilisierungsmaterial bestellt, verschickt und verteilt. Nachdem die ersten zwei Auflagen nach kürzester Zeit vergriffen waren, haben wir die dritte Bestellung in Auftrag gegeben. Helft uns, viele Orte mit Flyern, Aufklebern oder einem Plakat der Freiheit statt Angst auszustatten – das Mobilisierungsmaterial kann nach wie vor hier bestellt werden. Abschließend ein Zitat von Johnny Häusler (Spreeblick.com): „Wenn uns das Recht auf Privatsphäre genommen wird, müssen wir es uns zurückholen.“

Das wollen wir.

Am 7. September, um 13 Uhr auf dem Potsdamer Platz in Berlin.

Die beständig weiter wachsende Liste an Unterstützerinnen und Unterstützern hier: <http://blog.freiheitstattangst.de/bundnispartner-2013>

Demoparade Butt&Better

Was passiert da an einem wunderbar sonnigen Samstag im Juli 2013 auf dem Pariser Platz in Berlin? Ein Karnevals-umzug, eine Tanzveranstaltung oder etwa eine Demo für faire Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie?

Noch wenige Stunden vor dem Beginn der Demoparade Butt&Better strömten zahlreiche Modeliebhaber in das nur einige Schritte entfernte Zelt der Berliner Fashion Week auf der gegenüberliegenden Seite des Brandenburger Tors. Doch am frühen Abend versammeln sich dort hunderte Menschen in außergewöhnlichen Kostümen: Aus Second-Hand-Klamotten, Pommesschalen, benutzten Teebeuteln und allerlei anderem „Müll“ sind phantasievolle so genannte Trashion-Outfits entstanden. Doch es geht nicht nur um alternative Mode: Die aufrufenden Organisationen Kulturerbsatz e.V., Inkota und die Kampagne für Saubere Kleidung setzen damit ein starkes Zeichen gegen Fashion-Terror, für faire Arbeitsbedingungen und Löhne in der weltweiten Textilindustrie.

Und so verkündet von einem Feuerwehrwagen ein junger Mann mit einem Umhang aus zusammengeheften alten Fahrradschläuchen: „Wir wollen nicht mehr länger akzeptieren, dass Modekonzerne unverschämthohen Gewinne auf den Rücken anderer einfahren!“ Mit dabei sind auch die Cleaning Ladies. Als Putzfrauen verkleidete AktivistInnen der Berliner Inkota-Aktionsgruppe der Kampagne für Saubere Kleidung sind angetreten, „die Spinnweben in den Köpfen derer, die die Konsequenzen für die Billigstproduktion von Kleidung immer noch nicht anerkennen wollen, zu beseitigen“, ... endlich mit den unerträglichen Zuständen in der Modeindustrie aufzuräumen“, und verbindliche Standards entlang globaler Produktionsketten festzusetzen.

In diesem Jahr konnte sich die Demoparade über einen enormen Zuwachs an kreativen ModebastlerInnen, UpcyclerInnen und politisch Engagierten freuen, doch „noch immer gibt es einige Dreckecken in der Modeindustrie, die nur allzu gern unter den Teppich gekehrt werden.“ Wir sehen uns im nächsten Jahr wenn es wieder heißt „Alarm schlagen: Modeindustrie aufwecken!“

www.saubere-kleidung.de/ (gekürzt)



Mit der nachfolgenden Begründung stimmten die Fraktionen der Linken im Landschaftsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) und im Rat der Stadt Köln für den Kooperationsvertrag zwischen dem LVR und der Stadt Köln. In beiden Gremien gab es eine breite Mehrheit von SPD, Grüne, FDP und Die Linke für das Projekt Archäologische Zone / Jüdisches Museum.

Ulrike Detjen (LVR), Jörg Detjen (Rat der Stadt Köln)

Die Linke Fraktion im Landschaftsverband Rheinland und Die Linke Fraktion im Rat der Stadt Köln:

Positionierung zur Archäologischen Zone/ Jüdisches Museum Köln

1. Die Diskussion über die Archäologische Zone dauert jetzt seit Mitte der neunziger Jahre. Ein langer Zeitraum, in dem sich viel geändert hat. Sowohl der Stand der Ausgrabungen wie die Bedingungen in Bezug auf die Finanzierung machen es notwendig, jetzt zu einer Entscheidung zu kommen. Ein Moratorium (Aussetzen des weiteren Vorgehens bis zu einer Entscheidung) kann es zu diesem Zeitpunkt nicht mehr geben. Entweder stoppt man jetzt das Projekt auf Jahrzehnte oder setzt es um.

2. Die Linke im Kölner Rat hat sehr früh das Projekt eines Jüdischen Museums unterstützt und in den Kontext ihrer antirassistischen und antifaschistischen Grundauffassung und Arbeit gestellt. Mit dem Projekt wollten wir auch ein Zeichen setzen.

3. Das Land NRW signalisierte eine deutliche finanzielle Beteiligung. Zu Beginn des Projekts gab es zudem eine Zusicherung, dass der Löwenanteil der Baukosten von einem eigens gebildeten Verein, der „Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur“, getragen werde. 2009 erklärte der Verein sein Scheitern bei der Einwerbung von Spenden und zog sich zurück. 2010/11 wurde zudem klar, dass das Land sich in deutlich geringerem Maße als von der Stadt erwartet an den Baukosten beteiligen würde. Durch geänderte Planungen, unter anderem die Verkleinerung des Museumsbaus, konnten die Gesamtkosten etwas vermindert werden. Gleichzeitig mit der schwierigen finanziellen Entwicklung machten konservative Kreise Stimmung gegen das Projekt. Um hiergegen ein Zeichen zu setzen, stimmte auch die Linke Ratsfraktion am 14. Juli 2011 der Beschlussvorlage der Verwaltung zu.

4. Im Landschaftsverband Rheinland hatte die Fraktion Die Linke/PDS bereits 2008 für die Beteiligung an der Archäologischen Zone geworben. Beratungen des LVR mit der Stadt Köln fanden jedoch erst 2011 statt. Die Fraktion Die Linke im LVR hat seitdem das Angebot des LVR an die Stadt Köln mitgetragen und sich gegen die demagogische Hetze gegen das Projekt gewandt, die die CDU in den Mitgliedskörperschaften betrieb.

5. Seit 2007 finden die Ausgrabungen statt. 6,57 Millionen Euro sind für das Projekt bereits ausgegeben (Stand 15.5.2013). Die Landesförderung findet über das Projekt Regionale 2010 statt und beläuft sich auf jetzt 14,3 Mio. Euro.

6. Mit Beginn der Beratungen für den

Doppelhaushalt 2013/14 hat die Linke Ratsfraktion den Kostenanstieg bei Großprojekten immer wieder hinterfragt und sich bei Abstimmungen zur Archäologischen Zone enthalten. Die Ratsfraktion hat dabei das Finanzierungskonzept bemängelt, nie aber gegen das Projekt an sich gesprochen.

7. Nach der Versetzung des Projektleiters Dr. Schütte 2013 wurde der Direktor des Römisch-Germanischen Museums, Dr. Trier, mit der Leitung des Projektes beauftragt. Die geplante Ausgrabungsfläche wurde um ca. 15 % reduziert. Damit werden zum einen Kosten reduziert – ein Zugeständnis an die Kritik an den Projektkosten –, zum anderen bleiben Teile des Bodendenkmals für spätere Generationen unangetastet erhalten.

8. Die Besichtigung der Ausgrabungen durch die beiden Fraktionen der Linken im LVR und im Kölner Rat ergab, dass die Grabungsarbeiten weit vorangeschritten sind. Der Bau einer dauerhaften, vor der Witterung schützenden Abdeckung ist aus konservatorischen Gründen notwendig. Im Laufe der Grabungen sind auch verschiedene Bauwerke rekonstruiert bzw. zusammengefügt worden. Die rekonstruierten Bauwerke ragen inzwischen ca. ein Meter über die alte Platzfläche hinaus. Ein Zuschütten der Archäologischen Zone, wie es verschiedentlich vorgeschlagen wurde, kommt daher auch im äußersten Fall nicht mehr in Betracht. Es wird derzeit auch von keiner Seite mehr vertreten.

9. Der Vorschlag, jetzt ein Moratorium zu verhängen und ein „Haus der Kölner Geschichte“ zu schaffen, kommt unserer Position nicht näher. Faktisch würde das Projekt noch größer und noch teurer.

10. Der Vertragsentwurf zwischen dem LVR und der Stadt Köln kommt unseren Bedenken bezüglich der großen Kosten einen Schritt entgegen. Zwar löst der Vertrag nicht die akuten Finanzierungsprobleme der Stadt Köln im Zusammenhang mit dem Projekt, eröffnet aber eine Perspektive, die längerfristig die Chancen einer Neukonzeption der historischen Museen in Köln bietet.

11. In der Diskussion für die Finanzierung von Kultur im Rheinland wird immer deutlich, dass eine Vernetzung von Kultureinrichtungen eine Chance ist. Das Land NRW könnte hier eine wichtige Rolle übernehmen. Die Landesregierung versucht jedoch sich aus der Finanzierung von Kulturaufgaben

zurück zu ziehen und lässt die Kommunen alleine. Beispiele hierfür sind die erhebliche Reduzierung der Mittel für den Denkmalschutz und in Köln die Ablehnung einer Beteiligung an der international bedeutenden Kunst- und Museumsbibliothek durch die Landesregierung.

12. Die Landschaftsverbände als kommunale Zweckverbände sind Vermittler und Moderator interkommunaler Zusammenarbeit. Der LVR bringt durch sein Engagement in Sachen Rheinischer Geschichte und Historie die notwendigen Kompetenzen mit, um Projekte wie die Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln zu tragen. Das Projekt wird in eine Kooperation mit einem regionalen Zweckverband der Kommunen (also eine regionale bzw. rheinlandweite Kooperation) überführt. Der Vertragsentwurf geht jedoch noch weiter und fasst die Zusammenarbeit mehrerer Kölner Museen mit dem LVR ins Auge (§§ 7 und 9). Der LVR betreibt rheinlandweit mehrere historische und archäologische Museen. Die bestehende Kooperation zwischen dem Römisch-Germanischen Museum und den LVR-Museen könnte für das ganze Rheinland ausgeweitet werden und so für alle Mitgliedskörperschaften des LVR einen Fortschritt auch für ihre bestehenden historischen Museen bringen. Der LVR würde so absolut getreu seines Gründungsauftrages auftreten, der ihm zur Aufgabe macht, als regional wirksamer Kulturträger im Rheinland zu agieren. Zurzeit beträgt der Kulturetat des LVR lediglich 1,6 % seines Gesamthaushaltes.

13. Eine Kooperation kommunaler und vom LVR getragener Museen kann auch hinsichtlich übergreifender Jahrestickets oder Kombitickets, die im Vertrag zwischen Stadt und LVR vorgesehen sind, für Besucher auch direkt attraktive Angebote schaffen.

14. Die Zusammenarbeit mit dem LVR ist ein Richtungswechsel in der Kölner Kulturpolitik und kann ein Impulsgeber für die kulturpolitische Zusammenarbeit der LVR-Mitgliedskommunen untereinander und mit dem Landschaftsverband sein. Deshalb stimmen die beiden Fraktionen im LVR und im Rat der Stadt Köln dem Kooperationsvertrag zu.

Beschlossen in gemeinsamer Sitzung am 10. Juli 2013, Die Linke Fraktion im LVR und Die Linke Fraktion im Rat der Stadt Köln

Mannheim: Wohnungspolitische Veranstaltung der SPD

Am 11. Juli diskutierte um 19 Uhr im Stadthaus in N1 der baden-württembergische Justizminister Rainer Stickelberger (SPD) zum Thema bezahlbares Wohnen. Mit dabei waren als Referenten der Vorsitzende des Mannheimer Mietervereins Gabriel Höfle, der Geschäftsführer der städtischen Wohnungsgesellschaft GBG Wolfgang Bielmeier, Stadträtin und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Gemeinderatsfraktion Marianne Bade sowie der Mannheimer SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Rebmann. MdL Stefan Fulst-Blei moderierte. Die Besucherzahl war mit 37 Anwesenden für die Veranstalter gemessen an dem Aufwand wohl ernüchternd. Aber die Informationsbeiträge und die Diskussion waren recht interessant.

Justizminister Stickelberger sagte, preiswerte Mietwohnungen könne man nicht nur durch Regulierung des Wohnungsmarktes erreichen, sondern es müssen neue Wohnungen gebaut werden. Deswegen wolle das Land die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wieder aufnehmen. Es gibt eine Bundesratsinitiative, dass die Maklergebühren künftig vom Vermieter zu tragen wären. Zur Eindämmung rasant steigender Mieten gäbe es zwei SPD-

Gesetzesentwürfe: Zur Feststellung der ortsüblichen Vergleichsmiete solle der Zeitraum von vier auf zehn Jahre ausgedehnt werden. Die Mietsteigerungsrate bei Wiedervermietungen solle von 20 auf 15% innerhalb von vier Jahren reduziert werden. Die Landesregierung wolle ein Landesgesetz beschließen lassen für ein Umwandlungsverbot von Miet- zu Eigentumswohnungen. Zudem wolle die Landesregierung ein Verbot von Zweckentfremdung von Wohnräumen zu Gewerberäumen erlassen. Diese zwei Maßnahmen solle es den Kommunen ermöglichen, entsprechende Satzungen für Stadtteile oder einzelne Wohngebiete zu erlassen, wo diese Gefahren vorliegen. Die genaue Ausgestaltung der Randbedingungen wird noch definiert. Das Land schafft die Möglichkeit für diese Maßnahmen, umsetzen müssen es aber die Kommunen. Stickelberger sprach in diesem Zusammenhang von „Milieuschutzsatzung“ und „kommunaler Erhaltungssatzung“, die die Wohnsituation im Bestand erhalten solle. Die Gestaltungsmöglichkeit der Kommunen soll nicht in dem Sinne erweitert werden, dass Kommunen Maßnahmen, die zur Gentrifizierung führen, unterbinden können. Hierzu zählt z.B. das mögliche

Verbot von Luxussanierungen, wie es für einzelne Berliner Wohngebiete erlassen worden ist. Genau dies soll im künftigen Landesgesetz nicht stehen.

Stickelberger und MdB Stefan Rebmann stellten weitere SPD-Vorhaben vor. So z.B. sollte die Modernisierungsumlage von gegenwärtig 11% auf 9% gesenkt werden. Mit dieser Umlage können die Vermieter die Modernisierungskosten vollständig auf die Mieter umwälzen. Mehrere Diskutanten wie Karlheinz Paskuda und Roland Schuster von der Linken kritisierten die Reduzierung als zu gering. Gabriel Höfle forderte die gänzliche Abschaffung der Modernisierungsumlage (§ 559 BGB). Ein Drittel sollte der Vermieter bezahlen, da seine Immobilie eine Wertsteigerung erfahre, ein Drittel wie die energetische Sanierung sollte steuerfinanziert werden, das restliche Drittel sollte vom Mieter aufgebracht werden.

Bielmeier von der GBG stellte die Bemühungen der GBG heraus, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Auch Marianne Bade stellte das Ziel bezahlbaren Wohnraum in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen und forderte dies für die Konversionsflächen.

Aus: Kommunalinfo Mannheim 15/2013

Protest gegen Schüler-Burschenschaften

Am vergangenen Samstag den 6. Juli 2013 fand das jährliche bundesweite Treffen des Allgemeinen Pennäler Rings (APR), einem Zusammenschluss extrem rechter Schülerburschenschaften statt. Verantwortlich für das Treffen war die Naziverbindung Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg; Ort des Treffens war die einschlägig bekannte Hamburger Burschenschaft Germania (in der Sierichstraße / Ecke Gellertstraße).

Dem Aufruf des Hamburger Bündnisses gegen Rechts und der Mobilisierung von Avanti, der GEW Hamburg, den GEW Studis, der Linken Hamburg, der Antifa Pinneberg folgend, fanden sich am Tag und Ort des Geschehens über 100 Aktivist*innen zu einer Gegenkundgebung ein. Die Burschenschaft Chattia, offenbar in Angst ihr Treffen könnte gestört werden, wägte im Vorfeld sogar einen Ortswechsel des Treffens ab, behielt das Germaniahaus schließlich bei, aber riet ihren Teilnehmern (nur Männer zugelassen) schon am frühen Morgen, oder gar am Vortag anzureisen, um nicht mit den Gegenprotesten in Kontakt zu kommen.

So waren die Burschis zu Beginn der Kundgebung des Hamburger Bündnisses bereits vollständig im Germaniahaus angelangt. Zudem war die gesamte



Straße wenige Meter vor dem Haus mit Polizeigittern und Polizei abgeriegelt.

Den gegebenen Umständen angemessen beschränkte sich die Kundgebung darauf, Anwohner*innen und Passant*innen mit Redebeiträgen, Transparenten, Schildern und Gesprächen über die rassistischen, völkisch-nationalistischen, elitären und männerbündischen Umtriebe der Studenten- und Schülerverbindungen der Dachverbände Deutsche Burschenschaft bzw. Allgemeiner Pennäler Ring aufzuklären und auszutauschen. O-Ton eines Anwohners:

„Ich hoffe, dass jetzt alle Nachbarn

mitkriegen, was in diesem Haus für ewig gestrige Gestalten wohnen“.

Einige dieser Gestalten posierten während der Kundgebung auf dem Balkon ihres Hauses – in vollem Wuchs und mit Bierkrug in der Hand – und waren sich teilweise nicht mal zu blöde zu antifaschistischer Musik zu tanzen.

Nach knappen zwei Stunden wurde die Kundgebung von den Veranstalter*innen beendet.

Kein Platz für sexistisches, rassistisches, antisemitisches und reaktionäres Gedankengut! Nirgendwo!

Gekürzter Text von Protest am 7.7. auf Indymedia. Aus: Hamburger Lokalberichte 15/2013

„Tschüss Vattenfall!“ HAMBURG. Der wirtschaftlich angeschlagene Vattenfall-Konzern bereitet einem Bericht des Handelsblatts zufolge seinen Rückzug aus Deutschland vor und sucht Investoren für die Übernahme von Geschäftsteilen auch in Hamburg. Wie Vattenfall selbst mitteilt, werden die Kostensenkungen und laufenden Rationalisierungsmaßnahmen jetzt noch einmal beschleunigt und das Einsparpotenzial um zwei Drittel erhöht. Bereits im Frühjahr hatte der Konzern angekündigt, deutschlandweit 1500 Angestellte zu entlassen. In einer Sitzung des Umweltausschusses am 4. April hatte der Hamburger Vattenfall-Bereichschef Pieter Wasmuth auf die Frage von Dora Heyenn (Die Linke), wie viele Arbeitsplätze das bei Vattenfall Hamburg betrifft geantwortet, dass die Betriebe, an denen Hamburg mit 25,1 Prozent beteiligt ist, nicht davon betroffen seien. Zu den anderen Arbeitsplätzen bei Vattenfall Hamburg wollte er nichts sagen. „Da der Hamburger Senat an drei Netzgesellschaften gemeinsam mit Vattenfall beteiligt ist stellt sich jetzt erneut die Frage, welche Auswirkungen das auf die Stadt und die ArbeitnehmerInnen haben wird“, kommentiert Dora Heyenn, Vorsitzende der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Sicher ist aber, dass anders als Vattenfall ein städtisches Unternehmen in Hamburg bleiben müsste – ein Grund mehr, am 22. September für den vollständigen Netzzurückkauf zu stimmen.“ Die wiederholten Aussagen der Betriebsräte der Energiekonzerne, wonach die Arbeitsplätze bei Vattenfall und E.ON sicherer wären als bei einem städtischen Unternehmen, seien gerade vor diesem Hintergrund nicht haltbar, folgert Dora Heyenn. Nun müssten auch Bürgermeister Olaf Scholz und die SPD erklären, wie es weitergehen solle. „Mit so einem maroden Partner kann die Energiewende nicht gelingen. Es ist höchste Zeit, dass der Senat ... den Weg freimacht für die hundertprozentige Übernahme der Energienetze in städtisches Eigentum.“ Damit würde nicht nur eine demokratische, soziale und ökologische Energieversorgung eingeleitet, erläutert Dora Heyenn: „Der Netzzurückkauf wäre auch ein gutes Geschäft für die Stadt und Beschäftigten bekämen eine Perspektive für langfristig sichere Arbeitsplätze.“ Eines zumindest liege für sie klar auf der Hand, so Heyenn: „In Hamburg sagt man Tschüss – Tschüss Vattenfall!“ www.die-linke-hamburg.de

Mieter schützen, Verdrängung verhindern! KÖLN. Der Antrag der Linken Ratsfraktion zur Milieuschutzsatzung auf der Ratssitzung gestern traf auf starkes Interesse von SPD und Grünen, aber auch der CDU. Die drei Parteien stimmten mit der Linken für eine Weiterbe-

handlung des Antrags im Stadtentwicklungsausschuss. Milieuschutzsatzungen verbieten u.a. die Luxussanierungen von Wohnungen, damit es nicht zu einer Verdrängung von angestammten Anwohnern durch Wohlhabende kommt und die soziale Zusammensetzung im Stadtviertel gewahrt bleibt. Die Linke will, dass die Verwaltung der Politik darstellt, wie groß der personelle und finanzielle Aufwand ist, um Milieuschutzsatzungen u.a. für den Rathenauplatz und Umgebung, die Umgebung der Agneskirche und auf diese zulaufende Straßen, dem Gebiet zwischen Krefelder Straße und Neusser Straße, dem Gebiet Im Sionstal/Annostraße und die kreuzenden Straßen zu entwickeln und zu erlassen. Auf Basis dieser Informationen können Rat und Ausschüsse dann über den Erlass einzelner Milieuschutzsatzungen abstimmen. Michael Weisenstein, Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss, sprach im Rat zum Antrag: „Die Verdrängung der alten Mieter muss gestoppt werden. Wir brauchen auch an attraktiven Stellen in unserer Stadt Wohnungen, die für Normalverdiener und Familien bezahlbar sind. Nur so bleiben eine soziale Durchmischung und lebendige Wohnquartiere erhalten. Überzogener Luxus, den sich nur Reiche erlauben können, muss per Satzung ausgeschlossen werden!“ In München gab es in 2012 14 Erhaltungs-satzungsgebiete, die 170 000 Einwohner und 92 000 Wohnungen vor Luxussanierung schützen, in Köln lediglich in 1996 eine für die Stegerwaldsiedlung. Michel Weisenstein ergänzt: „Wer sich im Agnesviertel, in der Südstadt und am Rathenauplatz umhört, erfährt schnell, mit welcher fragwürdigen Methoden Mieter aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Mit Tricks wie lang andauernden Baumaßnahmen, Fahrstuhl ausfällen am Wochenende oder unterbrochener Wasserversorgung muss sofort Schluss sein. Andere boomende Großstädte machen es vor. Diesem Treiben kann man Einhalt gebieten!“

www.linksfraktion-koeln.de

„Wohnungsangebot für arme Familien“ dem Stadtrat vorstellen: MÜNCHEN. Antrag: Die Studie „Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten“ wird dem Stadtrat vorgestellt. Dabei wird insbesondere auf die Münchner Ergebnisse eingegangen. Wenn möglich, werden zusätzliche Informationen Alleinerziehende betreffend abgefragt. Begründung: Laut der vorgestellten Studie der Bertelsmann-Stiftung „Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten“ (www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-8696679E-344F9B0F/bst/xcms_bst_dms_38453_38454_2.pdf) ist in München nur ein Prozent der angebotenen für Familien geeigneten Wohnungen für Familien mit niedri-

gem Einkommen finanzierbar. Selbst für Familien mit durchschnittlichem Einkommen findet sich ein angemessenes finanzierbares Angebot erst in einer Entfernung von 40 Kilometern. Dabei sind sowohl die Armutsschwelle als auch die Durchschnittseinkommen bereits München-spezifische Werte, das heißt, sie liegen über dem entsprechenden Bundesdurchschnitt. Diese Zahlen sind weitaus dramatischer als die bisher aus der Verwaltung vorgelegten. Insbesondere ziehen sie die Erreichbarkeit der angestrebten „Münchner Mischung“ in Zweifel, da sich ein höheres Angebot an finanzierbaren Wohnungen für ärmere Familien nur hochkonzentriert findet. Sie legt nahe, dass hier die städtische Wohnungspolitik angepasst werden muss, um ihr formuliertes Ziel zu erreichen. Zudem verbleibt einer Familie mit niedrigem Einkommen nach Abzug der Miete deutlich weniger als der Regelsatz des ALG II; dieses Ergebnis legt nahe, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten in München weit höher liegt als die Zahl derer, die tatsächlich aufzählen des ALG II in Anspruch nehmen. Auch das wäre eine für die städtische Politik wichtige Information. Daher ist es angebracht, sie dem Stadtrat näher vorzustellen. Zusätzliche Informationen Alleinerziehende betreffend wären deshalb wichtig, weil die wenigen Stadtgebiete, in denen sich nach dieser Studie bezahlbarer Wohnraum befindet, nicht diejenigen sind, in denen die Infrastruktur für Alleinerziehende besonders günstig ist.

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Streit um Mieterhöhungen: NORDERSTEDT. Weil die Baugenossenschaft Neue Lübecker mehrere Wohnblöcke in Friedrichsgabe sanieren- und anschließend teurer vermieten will, regt sich im Stadtteil Widerstand. Wie überall im Großraum Hamburg, fehlen auch in Norderstedt Hunderte günstige Wohnungen. Gleichzeitig steigen die Mieten weiter an – zum Teil exorbitant. Nachdem sich kürzlich eine ältere Mieterin hilfesuchend bei Bürgermeister Hans-Joachim Grote und den Fraktionen der Stadtvertretung gemeldet hatte, äußerten sich inzwischen auch mehrere Kommunalpolitiker zum Thema. Während Jürgen Lange (SPD) und Gert Leiteritz (CDU) erst nähere Informationen zu dem Fall einholen wollten, hohe Mietsteigerungen jedoch ablehnten, nahm Miro Berbig (Die Linke) den aktuellen Fall als Beispiel dafür, dass man für die Lösung der Probleme am Wohnungsmarkt „nicht auf die Privatwirtschaft setzen“ könne. Laut Genossenschaftsvorstand Volker Skroblied will die Neue Lübecker bei mehreren ihrer Wohnblöcke im nördlichen Teil des Friedrichsgaber Weges die Fassaden sanieren. Außerdem werde das größte der Häuser so grund-

legend umgebaut, dass die MieterInnen während der Arbeiten ausziehen müssten. Den Betroffenen seien für die Bauzeit Ersatzwohnungen nachgewiesen worden, anschließend hätten alle MieterInnen die Option, in ihre Wohnungen zurückzukehren. „Natürlich werden die Mieten steigen“, bestätigte Skrobles gegenüber der „Norderstedter Zeitung“ – und damit auch das eigentliche Problem. Er verwahrt er sich allerdings gegen das Gerücht, es sei eine Mietpreisanhebung von 40 Prozent geplant, der tatsächliche Wert liege weit darunter. In den letzten Monaten hatte unter anderem der Norderstedter Mieterverein vor horrenden Preissteigerungen gewarnt. Demnach erhöhen einzelne Immobilienfirmen in Norderstedt ihren Mietzins bei Mieterwechseln um bis zu 50 Prozent, treiben damit die Preisspirale auf dem Wohnungsmarkt an. Die genannten Wohnungen am Friedrichsgaber Weg, etwa zwischen den Abzweigen Waldstraße und Syltkuhlen, wurden einst als Werkswohnungen des in Friedrichsgabe ansässigen Jungheinrich-Konzerns errichtet.

www.infoarchiv-norderstedt.org

Messe-Bürgerbegehren gestartet: ESSEN. Das Bündnis „Messe-Umbau nicht um jeden Preis“ hat sich auf einen Text sowie die Begründung für ein Bürgerbegehren zur Messe Essen verständigt. Unter der Fragestellung „Sind sie dafür, dass der Beschluss des Rates der Stadt Essen vom 17.7.2013 über den Neubau der Messe für 123 Mio. Euro aufgehoben wird und die Messe-Aufsichtsratsmitglieder verpflichtet werden, die Neubauplanung abzulehnen?“ sollen bis Mitte Oktober über 14000 Unterschriften für einen Bürgerentscheid gesammelt werden. Die Begründung für den Begehrentext lautet: „Eine Mehrheit aus SPD, CDU, FDP und EBB hat am 17.7.2013 im Rat der Stadt Essen den faktischen Neubau der Messe Essen mit einem geplanten Investitionsvolumen in Höhe von 123 Mio. Euro netto beschlossen. Aus dem nicht strittigen, weil notwendigen Umbauprojekt der schlecht vermarktbar Doppelstockhallen der Messe ist ein baulich und finanziell überdimensioniertes Großprojekt mit dem unnötigen Abriss voll funktionsfähiger Messegebäude geworden, dem außerdem kein nachhaltig wirtschaftlich tragfähiges Konzept zu Grunde liegt. Der im Rat beschlossene Vorentwurf ist finanziell absolut auf Kante genäht und enthält keine für derartige Großvorhaben notwendigen Kostensteigerungsreserven. Wegen zahlreicher nicht berücksichtigter Kostenrisiken sind erhebliche Kostensteigerungen zu befürchten (siehe Stuttgart 21, Flughafen Berlin, Elbphilharmonie). Der 100 Mio.-Euro-Kredit der mit über 3 Milliarden Euro verschuldeten Stadt Essen für die Messe

macht es unmöglich, Kredite für andere wichtige Investitionen für städtische Sport-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen aufzunehmen.“ Nun muss die Stadtverwaltung die für jedes Bürgerbegehren notwendige Kostenschätzung vornehmen, bevor die eigentliche Unterschriftensammlung vorgenommen werden kann.

www.dielinke-essen.de

Einschulungsbeihilfe wichtig für Familien mit wenig Geld: KÖLN. Im Schulausschuss der Stadt Köln legte die Verwaltung Zahlen zur Einschulungsbeihilfe 2012/13 vor. Eltern, die einen Köln-Pass besitzen, konnten auch zum Schulstart in 2012 bis zu 100 Euro beantragen. Bei Einführung dieser Leistungen im Jahr 2009 waren es noch 160 Euro. Damit wird die Anschaffung von Schulranzen, Mäppchen, Turnsachen etc. unterstützt. Für die Bewilligung des Geldes müssen die Antragsteller Quittungen vorlegen. Die Einführung der Erstausrüstung geht auf einen Ratsantrag der Linken vom Februar 2009 zurück. An 967 antragstellende Eltern wurden 2012/2013 insgesamt 92.883,70 Euro ausgezahlt. Das entspricht ca. 96 Euro pro Kind. 11% aller Kölner I-Dötzchen haben die Einschulungsbeihilfe in Anspruch genommen. 79 Anträge wurden abgelehnt, weil die Kinder in eine weiterführende Schule wechselten. Dazu erklärt Gisela Stahlhofen, Fraktionssprecherin Die Linke im Rat von Köln: „Die Einschulungsbeihilfe wird von vielen Eltern dringend benötigt. Sie ist ein wirksames Mittel gegen die Folgen von Kinderarmut. Wir brauchen mehr solche unbürokratischen Hilfen. Im Arbeitslosengeld II sind für Papier und Schulmaterial 1,79 Euro pro Monat vorgesehen. Um damit die durchschnittlich ausgezahlten 96 Euro aufbringen zu können, müsste ein Elternpaar viereinhalb Jahre sparen.“ Gisela Stahlhofen weiter: „Viele Berechtigte nehmen die Hilfe nicht in Anspruch. 23 % der unter 6-Jährigen in Köln leben in ALG II-Bedarfsgemeinschaften. Zählt man weitere Leistungsberechtigte wie Asylbewerber oder Geringverdiener dazu, müssten viel mehr Kinder den Zuschuss in Anspruch nehmen. Es muss noch einmal intensiv über die Informationswege nachgedacht werden. Denn arme Kinder haben nichts zu verschenken.“ Oswald Pannes, Mitglied für Die Linke im Ausschuss für Schule und Weiterbildung, ergänzt: „Im deutschen Schulsystem werden Kinder aus armen Familien nachweislich benachteiligt und ihnen die gleichen Chancen verwehrt. Mit der Einschulungsbeihilfe können sich Kindern von Arbeitslosen und Geringverdienern gutes Schulmaterial und eine rückenschonenden Schulranzen leisten. Sie dürfen nicht aufgrund ihrer ärmlichen Erstausrüstung zu Außenseitern werden.

Wir halten aber eine Wiederaufstockung auf 160 Euro für nötig. Diese Zahl geht auf den AWO Kinderfonds zurück, der die Kosten für eine Erstausrüstung berechnete.“ Diese Leistung können auch Kinder in Anspruch nehmen, die im August 2013 eingeschult werden. Ein entsprechender Antrag muss beim Amt für Soziales und Senioren gestellt werden. Die Formulare werden über die Kölner Grundschulen verteilt.

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

SÖS-Linke: Betreuung sichern! STUTTGART. Am 18.7. haben Eltern mit ihren Kindern dem Gemeinderat einen Besuch abgestattet. Sie fordern die Sicherung der Früh- und Spätbetreuung und mehr Personal. Denn mit der Kürzung der Öffnungszeiten hat sich die Lage für viele Familien bereits verschlechtert, Arbeitszeit und Anfahrtswege sind oft nicht mit dem Zeitfenster von 8-16 Uhr zu bewältigen. Bestandsicherung für die Kinder, die jetzt schon Früh-/Spätbetreuung haben, reicht aber nicht. Eltern, die ab 2014 einen Kita-Platz brauchen, haben die gleichen Bedürfnisse. Das erfordert flächendeckende Versorgung in allen städtischen Kitas und deutliche Personalaufstockung. Und die Eingruppierung aller ErzieherInnen in S 8, weil ErzieherInnenarbeit mehr wert ist! Wohl begründet fordern u.a. das Gesamtelternteil und Personalrat. Völlig zu recht, weil die Zeit mehr als drängt!

www.dominio1.stuttgart.de/grat/soesundlinke.nsf

Maßnahmen gegen Mobbing in der Schule gefordert: MANNHEIM. Die Linksjugend fordert ein Aktionsprogramm der Stadtverwaltung im Umgang mit Mobbing in der Schule. Aus Sicht der jungen Linken seien die derzeitigen Angebote für Mannheimer Schulen absolut unzureichend. Das Bildungsdezernat müsse endlich einschreiten. „Der Umgang mit Mobbing in der Schule überfordert viele Lehrkräfte. Sofern die Schulleiter oder Lehrer nicht von sich aus tätig werden, sieht die Fortbildung in diesem Bereich sehr dürftig aus. Die Stadt Mannheim muss hier endlich die Initiative ergreifen und darf nicht nur auf das Regierungspräsidium verweisen“, fordert Linksjugend-Kreisgesprächler Julien Ferrat. „Die Lehrerschaft über Strategien der Konfliktbewältigung zu informieren, ist keine Holschuld, sondern eine Bringschuld. Anspruch muss sein, dass jeder Lehrer vor Ort Mobbing erkennt und weiß, wie er einzuschreiten hat. Dies ist gegenwärtig bei weitem nicht der Fall“, so Linksjugend-Kreisgeschäftsführer Dennis Ulas für die Jugendorganisation der Linkspartei.

www.dielinke-ma.de

Zusammenstellung ulj

Zehntausende arbeiten für Niedriglohn

FRANKFURT A.M. Wie die neueste Studie des Pestel-Instituts wieder einmal belegt, wächst die Gruppe der Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen ist. Nicht wenige der so genannten „Aufstocker/innen“ sind sogar Vollzeit berufstätig. Sie werden zu einem solch geringen Lohn beschäftigt, dass sie ergänzend Anspruch auf ALG II (Hartz IV) haben. Allein in Frankfurt arbeiten knapp 60.000 Menschen für einen Niedriglohn. „Das bringt auch für die Kommunen immense Ausgaben mit sich, zum Beispiel Leistungen für die Kosten der Unterkunft. Wenn jemand Vollzeit zu Niedriglöhnen arbeitet, ist eine Wohnung in Frankfurt ohne Zuschuss der Stadt nicht finanzierbar“, führt Dominike Pauli, Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Römer, aus. Niedriglöhne werden aus Steuermitteln subventioniert. Unternehmen, die ihre Mitarbeiter_innen zu einem Monatslohn beschäftigen, der sie zum Bezug von Arbeitslosengeld II zwingt, belasten öffentliche Kassen. Außerdem verschafft das solchen Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ordentlichen Arbeitgebern, die ihre Beschäftigten vernünftig bezahlen.

Die Linke im Römer fordert deshalb Unternehmen, die Niedriglöhne zahlen, mit einer kommunalen Abgabe zu belegen. Ziel der Abgabe ist es in erster Linie, dass Menschen für ihre Arbeit anständig bezahlt werden. Dies wird erreicht, weil durch die kommunale Abgabe die Beschäftigung im Niedriglohnbereich für Unternehmen unattraktiv wird. Auch die kommunalen Kassen würden entlastet, weil die Höhe der Transferleistungen sinkt. „Wir haben das im Rahmen unseres letzten Etatanschlusses bereits thematisiert. Und wir werden da nicht locker lassen. Die Stadt Frankfurt sollte dringend mit anderen Kommunen die Zusammenarbeit suchen, und eine solche kommunale Niedriglohnabgabe erarbeiten“, führt Pauli weiter aus.

Niedriglöhne und ihre Auswirkungen seien auch ein kommunales Thema. „Umso wichtiger ist es, dass die Stadt als Auftraggeberin die Tariftreue, besonders auch für eventuelle Subunternehmer, zu einem festen Bestandteil ihrer Verträge macht. Noch besser wäre es natürlich, wenn dieser Tariflohn deutlich höher als 8,50 Euro ausfällt. Aber auch das wäre für etliche Branchen schon mal ein Anfang“, sagt Pauli.

www.dielinke-im-roemer.de

Verkaufsoffene Sonntage – so war das nicht gedacht

MÖNCHENGLADBACH. Ein Landesgesetz sollte die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage in NRW reduzieren. Doch wie sich jetzt abzeichnet, wird es in Mönchengladbach weiterhin bei den bisherigen 17 Anlässen bleiben, zu denen die Geschäfte öffnen dürfen. Möglich soll dies werden, weil einfach einige verkaufsoffene Sonntage in den Stadtteilen zeitgleich stattfinden. „So war das nicht gedacht“, erklärt Ratsherr Bernhard Clasen, „Das Gesetz sollte den Sonntag als arbeitsfreien Tag stärken und so den VerkäuferInnen mehr Zeit für die Familie bescheren. Die geplante Termin-Trickserei bringt den Kindern aber keine einzige Stunde mehr mit Mama und Papa. Dies Spiel werden wir nicht mitmachen und im Rat gegen diesen Vorschlag stimmen.“ Die Linke hat immer wieder betont, dass verkaufsoffene Sonntage keinen Cent mehr in die Kassen der Geschäfte bringen. „Was am Sonntag ausgegeben wird, wird eben an den restlichen Tagen nicht ausgegeben. Wer aber seinen Laden am Sonntag zu lässt, verliert Umsatz an die Konkurrenz. Für größere Läden ist der zusätzliche Personalaufwand gering, sie zwingen ihren meist zu Dumping-Löhnen arbeitenden MitarbeiterInnen einfach einen Arbeitstag mehr auf. Die kleineren Läden aber sind gezwungen, dieses Spiel mitzumachen und so stehen dann Familienangehörige hinter

der Ladentheke“, sagt Clasen, „Da zeigt sich doch, wie familienfeindlich verkaufsoffene Sonntage sind.“ Jedoch hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 1.12.2009 beschlossen, dass ein bloßes wirtschaftliches Interesse der Verkaufsstellen und ein alltägliches Shopping-Interesse potenzieller Kunden nicht genügt, um Ausnahmen von dem verfassungsgemäßen Schutz der Arbeitsruhe zu machen. Vielmehr hat das BVerfG festgelegt, dass für verkaufsoffene Sonntage eine Sachbegründung genannt und ein öffentliches Interesse nachgewiesen werden muss. An dieser Auflage scheiterte schon einmal 2012 auf Nachfrage der Linke in der Bezirksvertretung Nord die Verabschiedung der verkaufsoffenen Sonntage und konnte erst später nachgeholt werden. „Wenn aber jetzt durch die Terminbündelung deutlich wird, dass die Feste und Aktionen mit ihren bisherigen Terminen beliebig sind, dann ist es eindeutig, welches Interesse den Ausschlag gibt“, so Clasen, „So wird es sicher keine Beratungsvorlage geben, die dem BVerfG-Urteil gerecht wird. Ich sehe gute Chancen, so doch noch dem Gedanken des Gesetzes gerecht zu werden und die verkaufsoffenen Sonntage doch noch zu reduzieren. Wenn es nach uns ginge, könnten wir gerne ganz darauf verzichten.“

www.linksfraktion-mg.de

Kommunale Unternehmen und DIHK streiten sich über Energiewende. FAZ, Sa., 13.7.13.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) wirft dem Bundeswirtschaftsminister Ph. Rösler vor, sich von den Zielen der Energiewende und von den europäischen Vereinbarungen zum Klimaschutz zu verabschieden. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), M. Wansleben, ist dagegen der Ansicht, es wäre besser, mehr Freiräume zu schaffen für die Auswahl für den Klimaschutz geeigneter und kostengünstiger Instrumente. Die Orientierung an der CO₂-Reduzierung biete sich nur dann an, wenn in der EU oder international ein verbindliches Klimaschutzabkommen mit einem stark marktwirtschaftlich organisierten Emissionshandel stehe. Die Zahl der Unternehmen, die 2014 eine Befreiung von der Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien beantragt haben, habe mit 2367 einen neuen Höchststand erreicht.

Deutsche Bekleidungsindustrie hofft auf stärkeren Export. FAZ, Die., 16.7.13. Wie die Geschäftsführer G. O. Seidensticker und Th. Rasch des Mode-Verbandes „German Fashion“ erklärten, besännen sich die 340 Bekleidungsproduzenten wieder stärker auf den heimischen Markt. Rasch nennt dabei vor allem die Aktivitäten der Hersteller im eigenen Einzelhandel.

IT-Branche sorgt sich über Abhörattaken. Der Verbandschef des Branchenverbandes Bitkom, D. Kempf, äußert seine Sorgen über das Abhören von Interkommunikation durch Geheimdienste. Wenn dadurch das Vertrauen von Internetnutzern und Unternehmen beschädigt werde, könne das direkte Auswirkungen auf Umsätze und Wachstum der Branche haben. Er forderte Transparenz seitens der Amerikaner und der Briten.

DIHK warnt vor amerikanischen Verhältnissen bei Schadensersatzklagen. FAZ, FR., 26.7.13. E. Schweitzer, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, hält den Vorstoß von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Beibehaltung des Solidaritätszuschlags über das Jahr 2019 hinaus für falsch. „Es gibt genug falsche Signale in der Steuerpolitik“, sagte er. Eine klare Absage erteilte Schweitzer den rot-grünen Steuerplänen. „Angefangen von der Vermögensteuer oder -abgabe, einer massiven Erhöhung der Einkommensteuer bis hin zu einer Verschärfung der Erbschaftsteuer. Da stehen die Unternehmen unter Druck und wehren sich“, sagte Schweitzer. Laut dem DIHK-Präsidenten würde im Extremfall manche Unternehmer bei mehr als 80 Prozent Steuerbelastung landen. „Dann sage ich SPD und Grünen, nehmt doch gleich 100 Prozent, dann rechnet es sich leichter und wir brauchen keine Finanzämter mehr.“ *Zusammenstellung: rst*

Die Linke beschäftigt sich mit Reformvorschlägen zur wirtschaftlichen und institutionellen Weiterentwicklung der EU und der europäischen Integration

Der Dresdner Parteitag der Linken im Juni 2013 hat mit der „sterilen Aufgeregtheit“ (Max Weber in „Politik als Beruf“, Georg Simmel zitierend: Max Weber „Wissenschaft als Beruf, Politik als Beruf, Vortrag 1919, S. 229) in Sachen Europa vorerst einmal Schluss gemacht und den Weg geebnet, dass innerhalb der Linken eher in Ruhe und mit gewisser Gelassenheit die Frage „wie weiter in der wirtschaftlichen und institutionellen Entwicklung der EU und der europäischen Integration“ überhaupt diskutiert werden kann. Nicht zu unterschätzen ist dabei die frühe Positionierung der beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger in der Debatte einmal gegen die Euroaustrittszündeleien von Oskar Lafontaine und zum anderen gegen die Verständnissignale gegenüber der „Alternative für Deutschland“ („AfD“), die sich gerade mit internen Querelen zerlegt, von Sarah Wagenknecht – die dann ja beide ausführlich relativiert und korrigiert wurden. Zur Behandlung der Eurofrage auf dem Dresdner Parteitag schreibt Süddeutsche.de am

16.6.2013: „Aufgerufen ist ein Antrag zum Euro. Es geht um die Frage, „ob die gemeinsame Währung aufrechterhalten werden kann“. Es ist eine Frage, die vor einigen Wochen Oskar Lafontaine aufgeworfen hat, indem er über eine Rückkehr zu einem Europäischen Währungssystem mit nationalen Währungen sinnierte. Der Parteivorstand habe „lange darüber gerungen“, erklärt Riexinger den Delegierten, und entschieden, nicht für ein Ende des Euro einzutreten. Lafontaine hat den Parteitag da bereits verlassen. Man wolle den Erhalt des Euro nicht um jeden Preis, führt Riexinger aus, aber man müsse sich schon klarmachen, was die Rückkehr zu nationalen Währungen bedeute ... Als der schwäbische Gewerkschafter Riexinger vor einem Jahr beim chaotischen Göttinger Parteitag zusammen mit Katja Kipping an die Spitze gewählt wurde, galt er in der Nachfolge des bayerischen Gewerkschafters Klaus Ernst als Mann Lafontaines. In Dresden steht er nun seinen eigenen Mann. Der Änderungsantrag, der Planungen für einen mög-

lichen Austritt einzelner Länder aus dem Euro fordert, wird mit klarer Mehrheit abgelehnt.“

Nun gut, die personelle Beurteilung der Süddeutschen online mal dahin gestellt, hat die Linke NRW im Rahmen ihrer Veranstaltungs- und Broschürenreihe „thema in nrw“ bereits Ende Mai 2013 vorausschauend eine Europaveranstaltung durchgeführt mit Rolf Gehring, Judith Dellheim von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Ronald Janssen vom EGB. Die Veranstaltung handelte von Reformvorschlägen für die wirtschaftspolitische und institutionelle Weiterentwicklung der EU. Jürgen Klute, MdEP die Linke, war auch eingeladen, konnte aber leider nicht teilnehmen. Er hat jetzt trotzdem einen Beitrag für die Broschüre zusammen mit Hanna Penzer geschrieben. Wir freuen uns, in Abstimmung mit Jürgen Klute und Hanna Penzer sowie mit den Herausgeberinnen und Herausgebern der Broschürenreihe „thema in nrw“, den Beitrag von Jürgen Klute und Hanna Penzer als Vorabdruck veröffentlichen zu können. *Christoph Cornides*

Finanzminister, bleibt in euren Hauptstädten!

Letzter Beweis „Zypern“: Die Zukunft Europas muss den Regierungen endlich entrissen werden

von Jürgen Klute, MdEP, und Hanna Penzer

Im linken wie im rechten Lager, in den gebeutelten Krisenländern wie im stolzen Club der AAA-Länder: Die europäische Gemeinschaftswährung scheint rapide an politischer Unterstützung zu verlieren. Vom unilateralen Ausstieg aus dem Euro, über die parallele Wiedereinführung nationalstaatlicher Währungen bis zur Auflösung der Währungsunion: Die Debatte über die Zukunft des Euro ist längst enttabuisiert. Trotzdem greift die Debatte, die die Linke führt, zu kurz, wenn sie sich allein auf ökonomische Aspekte stützt und die politischen Ziele der europäischen Integration außer Acht lässt.

Der Unterbau der europäischen Vereinigung

Über Jahrhunderte war der europäische Kontinent von Kriegen gezeichnet. Die im 19. Jahrhundert in Europa entstandene Ideologie des Nationalismus hat Millionen Europäer in zwei entsetzliche Weltkriege geführt. Europa hat der Welt für nicht möglich gehaltene menschliche Abgründe offenbart, einschließlich des durch die deutschen Nationalsozialisten zu verantwortenden Holocaust. Geprägt durch diese bitteren Erfahrungen, waren die Pioniere der europäischen Integ-

ration überzeugt von der Notwendigkeit, das System der Europäischen Nationalstaaten zu überwinden. Jenseits der Nationalstaaten wollten sie eine stabile Friedensordnung aufbauen und Europa zivilisieren.

Eine immer dichter werdende ökonomische Verflechtung und Integration – angefangen mit der kriegsrelevanten Montanindustrie – sollte zur Grundlage der angestrebten europäischen Friedensordnung werden. Wenn man der Einsicht folgt, dass eine Gesellschaft im Wesentlichen durch ihre Produktionsbedingungen geprägt wird, also durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, dann muss man zu dem Schluss kommen, dass jener Ansatz konsequent, effektiv und richtig war und ist.

Ohne Frage: Das Projekt einer europäischen Einigung hat kein Paradies hervorgebracht. Trotzdem hat es uns bis heute politische Stabilität gebracht und die Aushandlung von Interessenkonflikten zwischen den Nationalstaaten dauerhaft und in historisch einmaliger Weise zivilisiert. In der Welt der Postmoderne gibt es aber längst viele weitere gute Gründe für den europäischen Einigungsprozess. Die umweltpolitischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, die Notwendigkeit, die Versorgung mit Energie langfristig sicherzustellen,

und der zivile Umgang mit begrenzten Rohstoffvorräten – all diese Probleme erfordern ein Maß an Kooperation, zu denen Nationalstaaten kaum fähig sind. Es geht deshalb bei der Frage um die Zukunft der EU keineswegs um eine auf Emotionen gegründete Europabegeisterung, sondern um konkrete und ernsthafte Herausforderungen, die in der Logik nationalstaatlicher Abgrenzung nicht mehr zu bewältigen sind.

Die Finanzkrise ist in Europa erst angesichts des Versagens der klassischen auf nationalstaatliche Interessenswahrung zugeschnittenen Denk- und Politikmuster ausgeföhrt und eskaliert. Wir haben es im Kern eben nicht mit einer ökonomischen, sondern mit einer politisch-institutionellen Krise zu tun. Diese Krise geht auf das Konto der Politik des Rats der Europäischen Union, des Organs der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer. Dessen Agieren in der Krise war zu keinem Zeitpunkt angeleitet von der Suche nach Lösungen, die für alle Vorteile bringen. Der rote Faden dort war und ist bis heute die Frage: Was bringt meinem Land Vorteile gegenüber dem Nachbarn? Wie schütze ich Arbeitsplätze in meinem Land, wie rette ich „meine“ Industrie, „meine“ Banken?

Tonangebend und Träger der mit Abstand größten Verantwortung für die

Krise waren dabei die wirtschaftlich starken Mitgliedsländer Nord- und Zentraleuropas, angeführt durch „unsere“ Bundesregierung. Längst scheint nicht mehr jede Führungspersönlichkeit, die dem „Jeder gegen Jeden“ eigentlich „qua Amt“ etwas entgegensetzen sollte, dieser Aufgabe gewachsen. Beispiel gefällig? In seinem ersten Austausch mit den Mitgliedern des Finanzausschusses des Europäischen Parlaments am 7. Mai 2013 redete der frisch gekürte Sprecher der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem von und über die Mitglieder der Währungsunion. Der europäische Binnenmarkt dagegen schien in seiner Wort- und Gedankenwelt verloren gegangen.

Wer Recht mit Füßen tritt, erntet kein Vertrauen

Nur so lassen sich wohl Politikunfälle wie die Rasenmäherenteignung zyprischer Bankkunden erklärbar machen. Den Organen der Staatschefs und ihrer Regierungsmitglieder scheint jeder Hauch einer europäischen Perspektive abhanden gekommen zu sein. Eine gemeinsame Verantwortung für die gesamte EU? Nein, den Regierungen geht es heute einzig und alleine um die Vorteile und Gewinne, die jeder für sich selbst verbuchen kann. Selbst in den neu geschaffenen Politikinstrumenten zur wirtschaftlichen Steuerung wird letztlich jedes EU-Land alleine für seine wirtschaftliche und finanzielle Situation verantwortlich und haftbar gemacht. Als gäbe es keine Wechselwirkungen zwischen den Volkswirtschaften der Mitgliedsländer. Als wirkte sich die Geldpolitik der EZB vor Ort nicht aus. Als schlugen Mondscheinentscheidungen wie jene zur Enteignung zyprischer Bankkunden keine Wellen auf den Kontinent.

Der Umgang des Rats mit Zypern verdient eine genauere Beachtung. Hier zeigt sich, dass ein Lernen aus der Krise, ein Verständnis über Ansteckungsgefahren auch im fünften Jahr der Finanzkrise nicht stattgefunden hat. Um den zyprischen Finanzsektor zu retten, so beschlossen es die europäischen Finanzminister – einstimmig, obgleich es wenige Tage später keiner gefordert haben will – sollten alle auf der Mittelmeerinsel deponierten Konten und Sparanlagen herangezogen werden.

Ein Vorschlag gegen geltendes Gemeinschaftsrecht, denn eigentlich haben Kunden europäischer Banken einen rechtlichen Anspruch, dass selbst beim Zusammenbruch ihres Finanzinstituts bis zu 100 000 Euro geschützt bleiben. Als ob es noch eines endgültigen Beweises für die Überforderung des national dominierten Krisenregimes bedurfte, hielten die Regierungen für die Tage nach ihrer kolossalen Fehlentscheidung eine weitere Überraschung bereit: Während sich die Bundesregierung beeilte, der deutschen Öffentlichkeit mitteilen zu lassen, dass die Einlagen deutscher

Sparer bei ihren Banken selbstverständlich sicher und durch geltende Einlagensicherungssysteme geschützt seien, meldete Dijsselbloem ebenso rasch, der für Zypern vorgesehene „Bail-in“-Deal (Bail-in meint die Beteiligung der Einleger mit ihren Einlagen an einer Bankenrettung) habe selbstverständlich Modellcharakter!

Sicher spricht nichts dagegen, die Aufräumkosten der Finanzkrise nicht alleine dem Steuerzahler aufzubürden. Aber: Wie sollen Bürger ein Krisenmanagement akzeptieren, das der überwiegenden Mehrheit der Menschen in den „Programm-Ländern“ Lebensentwürfe zerstört und weite Teile der Bevölkerung in Armut stößt – mit der Begründung, es gehe darum, das die Märkte wieder Vertrauen in die Krisenregionen der Eurozone fassen könnten? Und: Als es wirklich darum ging, den Finanzsektor an den Krisenkosten zu beteiligen, und eine europäische Finanztransaktionssteuer einzuführen – da heißt es Investoren, könnten durch die – obgleich kalkulierbare und extrem verkraftbare – Mehrbelastung abgeschreckt werden.

Der nachhaltige Vertrauensverlust bei internationalen Investoren wie bei kleinen Sparern und Anlegern, der seit dem Zypernbeschluss auf den Banken der Mehrheit der EU-Staaten lastet, war nicht nur finanziell unnötig und wirtschaftlich gefährlich – er muss auch ein Schlag ins Gesicht all jener gewesen sein, die für die Folgen der Sparorgien bluten müssen! Ganz zu schweigen von jenen, die angesichts blinder „Bail-Ins“ um ihre private Altersvorsorge zittern.

Den Regierungen geht die Symbolik des Augenblicks vor Kohärenz und Verantwortung. Unter „Partnern“ der tonangebende zu sein zählt mehr als die Tragfähigkeit des gemeinsamen Projekts. Dass sie der gefährlichste Elefant im europäischen Porzellanladen ist, stellte die Kanzlerin auch im Umgang mit Zypern unter Beweis. Das Debakel um den „Spontan-Bail-In“ war noch nicht bewältigt, da beeilte sie sich, das zyprische Geschäftsmodell für beendet zu erklären.

Die Feststellung zielte einerseits auf die Größe des zyprischen Bankensektors, denn die Summe aller Bilanzen zyprischer Banken liegt um mehr als das Achtfache über dem zyprischen Bruttoinlandsprodukt. Gemeint war aber auch die ungenügende staatliche Aufsicht der zyprischen Behörden über die auf der Mittelmeerinsel ansässigen Finanzinstitute: Zwar hat die zyprische Regierung die Vorwürfe, Steuerhinterziehung und Geldwäsche im eigenen Land zuzulassen, stets abgestritten. Wahr ist allerdings auch, dass Zypern – nicht zuletzt während seiner Ratspräsidentschaft – wirksame Regeln gegen Steuervermeidung und Steuerbetrug ebenso wie die Einführung der Finanztransaktionssteuer torpediert hat.

Die Symbolik des Moments wird der ehrlichen Suche nach Lösungen vorgezogen

Die Transaktionssteuer wäre nicht nur ein faires, wirksames und kalkulierbares Instrument, um den Finanzsektor tatsächlich an der Bewältigung der Krise zu beteiligen. Die Steuer würde aus Sicht der Aufsichtsbehörden auch Licht in bisher unkontrollierte Geschäfte bringen: Die zuständigen Instanzen hätten einen wesentlich besseren und frühzeitigeren Einblick, sowohl in unrechtmäßige Geschäfte, als auch in Risikoherde, die sich zu systemischen Finanzkrisen entwickeln könnten. In den entscheidungsbefugten Gremien die EU-weite Einführung der Finanztransaktionssteuer durchzusetzen, hätte die Schattenseiten des zyprischen Geschäftsmodell tatsächlich beendet und gleichzeitig Vorteile für alle gebracht. Leider hat der amtierende Eurogruppenchef in der Diskussion mit EU-Abgeordneten bewiesen, dass er sich mehr über damit verbundene, mögliche Abstriche der niederländischen Pensionsfonds sorgt, als um die politische Akzeptanz des europäischen Projekts. Die weitaus gravierendere Gefährdung privater Rentenkassen durch die von ihm zu verantwortende Zypernrettung scheint in der Rechnung Dijsselbloems merkwürdigerweise nicht ins Gewicht zu fallen.

Während europäisches Recht oder europäischer Zusammenhalt für Europas Regierungen ohne Belang ist, verweisen die Chefs aus den Hauptstädten immer wieder auf ihre einzigartige demokratische Legitimierung, die sie den Wahlen und Parlamenten in ihren Herkunftsländern verdanken. Für eine Rechenschaftspflicht für ihre Politik gegenüber dem Europäischen Parlament sieht der Rat deshalb keine Notwendigkeit. Aber: Keine Regierung hat bisher die Interessen ihrer WählerInnen wirklich vertreten, indem sie ernsthaft und beharrlich auf alternative, sozialverträgliche und europäische Lösungen gedrängt hätten. Ihren Wählern hingegen erklären die Regierungen in aller Dreistigkeit immer wieder, sie seien durch „Brüssel“ zur Umsetzung der Beschlüsse zur Sparpolitik verpflichtet worden. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten haben sich ein schwarzes Loch geschaffen, in dem ihre politische Verantwortung auf Nimmerwiedersehen verschwindet.

Über den Brüsseler Umweg setzen die Staats- und Regierungschefs eine soziale Kahlschlagspolitik durch, während sie gleichzeitig die Wut der Wählerinnen und Wähler auf die Institutionen der Europäischen Union lenken. Längst fordern nicht nur Parlamentarier deutliche Korrekturen am Kahlschlagsansatz des Rates; auch aus der Kommission werden immer mehr kritische Stimmen laut. Nur um den Rat in seinem Amoklauf der Austeritätspolitik zu stoppen, fehlen ihnen die Kompetenzen. Es bleibt ihnen nicht weiteres übrig, als zuzuschauen, wie die

Hauptstadtchefs die als Friedensprojekt gedachte europäische Einigung in den Abgrund stürzen. Vor diesem Hintergrund kann die Vorstellung, der Sozialstaat müsse auf nationaler Ebene gegen die EU verteidigt werden, nur als haarsträubend absurd erscheinen! Die Regierungen, die es sich politisch in ihrem Versteckspiel hinter Brüssel bequem machen, sehen den Sozialstaat als teures Hemmnis im europäischen wie globalen Standortwettbewerb.

Was käme nach der „Befreiung“ von der Gemeinschaftswährung?

Nicht nur in Ungarn, nicht nur in den Krisenländern führt die Katastrophopolitik der Regierungen zu einem gefährlichen Aufleben von Nationalismus und Rassismus in Europa. Die Atmosphäre zwischen den EU-Mitgliedsstaaten ist heute deutlich durch Ressentiments geprägt und weit stärker als man es sich vor der Krise hätte vorstellen können. Kein Wunder, setzt doch die EU-Politik der Regierungen einerseits auf nationale Egoismen und nimmt andererseits keinerlei Rücksicht auf die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger.

Wer angesichts scheinbarer neoliberaler Verblendung der EU-Institutionen die Rückkehr zu nationalen Währung und Wirtschaftsstrategien fordert, muss sich jedoch auch über die wirklichen Verantwortlichkeiten für den aktuellen Krisenkurs in der EU im Klaren sein. Fakt ist: Alle Regierungen der EU haben bei den Gipfeln des EU-Rates den Krisenprogrammen zugestimmt. Die Europäische Kommission führt aus, was der Rat beschließt. Mit dem Präzedenzfall des Fiskalpakts haben die Regierungen bewiesen, dass das Gemeinschaftsrecht – worüber die Kommission ja qua Verträgen wachen soll – für sie keinen Wert hat. Die Kommission und mit ihr die Troika agiert jedenfalls streng nach Vorgabe der Ratsbeschlüsse. Das Europäische Parlament hat weder eine Beratungsgeschweige denn eine Mitentscheidungskompetenz im Blick auf die vom EU-Rat verabschiedeten Krisenprogramme.

Welche Wirkungen könnte nun angesichts dieser politischen Gemengelage ein Ausstieg aus der Gemeinschaftswährung mit sich führen? Die wirtschaftliche Integration als Erdung des europäischen Einigungsprozesses würde für gescheitert erklärt, das Friedensprojekt der EU aufgegeben, der Rückfall in Nationalstaatlichkeit und Nationalismus würde zum Selbstläufer. Und die parteipolitische und gesellschaftliche Linke? Die würde mit einem solchen Spiel ihre friedenspolitische Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen.

Zu fragen ist aber auch nach den ökonomischen Folgen eines Euroausstiegs. Durch einen Euroausstieg würden die politischen und ökonomischen Ungleichgewichte in Europa – sowohl zwischen als auch innerhalb der Mitgliedsstaaten

– schließlich nicht aufgehoben! Auch ein System fester Wechselkurse würde gerade jene Bereitschaft zur Kooperation voraussetzen, deren Fehlen ja bereits zum Scheitern des Euro zu führen droht. Davon abgesehen gab es ein solches System mit dem Europäischen Währungssystem (EWS) bereits in den 1980er Jahren. Es ist gescheitert: Durch gezielte Spekulationen gegen das britische Pfund, das sie für überbewertet hielten, haben George Soros und andere Spekulanten das EWS im September 1992 zum Zusammenbruch gebracht. Auch darauf ist der Euro eine Antwort. Der Euro ist also auch als Schutz gegen Währungsspekulationen gedacht gewesen – eine Rückkehr zu nationalen Währungen würde vor allem die kleineren Länder völlig schutzlos den Spekulanten ausliefern.

Die andere Alternative hingegen, ein System freier Wechselkurse, birgt stets die Gefahr von Abwertungswettläufen in sich. Man kann ohne Not davon ausgehen, dass Staaten, deren Wohlstand vom Export abhängt, sich nicht einfach mit Abwertungen anderer Mitgliedsstaaten abfinden werden, sondern sie werden versuchen, ihre Absatzmärkte zu sichern.

Eines der wichtigsten ökonomischen Argumente für einen Euroausstieg ist, dass dadurch die Exportchancen wirtschaftlich schwächerer Länder steigen. Durch Abwertungen ihrer eigenen unabhängigen Währungen können sie sich Preisvorteile und damit bessere Wettbewerbschancen beim Export verschaffen. Für sich betrachtet ist das richtig. Richtig ist allerdings auch, dass sich ihre bestehenden Schulden in Euro ebenso stark erhöhen würden, wie ihre nationale Währung im Vergleich zum Euro abgewertet würde.

Nebeneinander statt Gegeneinander: Der Euro zwingt zur Kooperation und öffnet Türen

Dass sich bei einer Abwertung die Preise für die Abnehmer der Exportgüter verringern würden, ist zudem nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite, die man nicht unterschlagen darf, ist, dass die Preise für Importgüter bei einer Abwertung ebenso stark ansteigen würden. Für die Verbraucher des „Ausstieglandes“ würden sich die Lebenshaltungskosten entsprechend verteuern. Wir wissen, dass ein Kernproblem der kleineren Länder Südeuropas darin liegt, dass sie mehr Güter einführen, als sie ins Ausland absetzen. Vor allem sind es höherwertige Güter – und im Falle Griechenlands und Portugals insbesondere Energie und hochwertige Technologie – die aus dem Ausland eingekauft werden müssen. Ein mindestens kurz- bis mittelfristiger unausweichlicher, deutlicher Anstieg der Lebenshaltungskosten würde nicht zuletzt die sozialen Ungleichgewichte in diesen Ländern weiter verschärfen. Es ist schlicht eine Illusion, der man nicht

verfallen sollte, dass einseitige Abwertungen durch einen Euroausstieg automatisch zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen könnten.

Last but not least: Es stimmt zwar, dass insbesondere jene Großunternehmen, die von einer dominierenden Stellung in ihren „Heimatmärkten“ in den Binnenmarkt starten konnten, die größten Gewinne und Zuwächse durch wegfallende Handelsschranken für sich verbuchen konnten. Doch erst durch die Währungsunion wurden grenzüberschreitende Geschäfte soweit vereinfacht – z.B. durch den Wegfall der Wechselkursschwankungen, dass auch kleine und mittelständische Unternehmen – ebenso wie Verbraucher – die Chance bekommen, die Vorteile des EU-Binnenmarktes umfassend und unkompliziert nutzen zu können. Angesichts all jener politischen wie ökonomischen Nachteile und Gefahren wäre also mehr als gewagt, einen Euroausstieg als ernsthafte oder gar linke Option in Betracht zu ziehen.

Die in Europa seit 2008 andauernde Krise ist in ihrem Kern eben nicht einfach eine ökonomische Krise. Ohne die dahinter liegende politische Krise hätte die EU die Auswirkungen der Finanzkrise längst in den Griff bekommen und den Zusammenbruch der Wohlfahrtsentwicklung in weiten Teilen der Union verhindern können.

Kleinstaaterei im 21. Jahrhundert: Ein neuer Quantensprung tut Not!

Um historische Krisen wie jene, mit der wir es zu tun haben, zu verstehen, kann ein Blick in die Geschichtsbücher hilfreich sein! Eine historische Analogie, die uns helfen kann die Krise der EU zu verstehen, drängt sich immer mehr auf: Es handelt sich um den Prozess der Überwindung der deutschen Kleinstaaterei im 19. Jahrhundert. Auch dieser Prozess begann mit der ökonomischen Integration, nämlich mit der Gründung des Deutschen Zollvereins 1833/34. Abgeschlossen wurde dieser Prozess mit der politischen Integration in Form der Gründung des deutschen Reiches 1871. Die sehr unterschiedlichen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zwischen damals und heute lassen nur einen bedingten Vergleich zu.

Immerhin hat sich in diesem Prozess aber gezeigt, dass ein Integrationsprozess sehr wohl auf ökonomischer Ebene starten kann, dass zum anderen aber eine ökonomische Integration, wenn sie einen bestimmten Punkt erreicht hat, eine entsprechende politische Integration erfordert, damit die ökonomische Integration auf Dauer funktionieren kann, denn dazu braucht es einen regulativen Rahmen, den nur die Politik setzen kann. Viel spricht dafür, dass wir heute mit der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion an einem ähnlichen Punkt angelangt sind, an der wir die

Wahl zwischen dem nächsten Schritt der politischen Integration haben oder einer Aufgabe der wirtschaftlichen Vereinigung.

Diesen Schluss legt auch eine Untersuchung des Ökonomen Hubert Gabrisch vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) nahe. Gabrisch hat eine Reihe von Beispielen gescheiterter Währungsunionen untersucht. Er kommt zu einem klaren Ergebnis: Die Ursache für das Scheitern in all diesen Fällen, so Gabrisch, liegt in dem Fehlen eines gemeinsamen Staates bzw. einer staatlichen Union mit einer zentralen Finanzbehörde, die gemeinsam mit der Zentralbank für die Währung und ihre Stabilität verantwortlich ist. „Die notwendige Bedingung für eine souveräne Währung ist ein Staat, der mit seiner Steuerkraft hinter diese Währung steht“, so die Schlussfolgerung, die Gabrisch zieht. (Quelle: H. Gabrisch: Währung ohne Souveränität: Zur Ursache und Überwindung der Eurokrise, in: Leviathan 1/2013)

Aus dieser Perspektive bekommt die gegenwärtige Auseinandersetzung zwischen dem EU-Parlament und dem Rat um den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 ein zusätzliches Gewicht. Eine der vier parlamentarischen Kernforderungen gegenüber dem Rat ist die nach einer vertragskonformen vollständigen Ausstattung des EU-Haushalts mit Eigenmitteln, d.h. eine Beendigung der an sich nur als Übergangslösung vorgesehenen Beitragszahlungen der Mitgliedsländer. Ohne einen vollständig aus Eigenmitteln finanzierten Haushalt kann die EU nicht zu einer Institution werden, die mit ihrer Steuerkraft die gemeinsame Währung, den Euro, deckt und stabilisiert. Allerdings bedürfte es zur Erreichung dieses Ziels zudem noch einer erheblichen Aufstockung des EU-Haushalts. Dieser Sachverhalt mag aber die Vehemenz erklären, mit der der Rat sich weigert, sich dieses Themas zu stellen. Schließlich geht es um das Teilen von Kompetenzen mit anderen Mitgliedsstaaten, also um das Verlagern von Kompetenzen auf die EU-Ebene!

Wie könnte eine institutionelle Weiterentwicklung aussehen?

Doch wo genau liegt die Überforderung der europäischen Institutionen? Sie liegt in jener Institution, die gleichzeitig die am wenigsten europäische ist! Der Europäische Rat, die Vertretung der nationalen Regierungen, ist nicht auf der Höhe seiner Macht. Die Regierungen, unfähig und zugleich ungewillt, europäisch zu denken und zu handeln, werden der Verantwortung, die sie für das Große und Ganze haben, nicht gerecht. Die Frage des Überlebens der EU ist deshalb verknüpft mit der Frage, ob es gelingen kann, das Machtübergewicht des Rates abzubauen und auf eine legitime Rolle als Länderkammer zurechtzustutzen.

Ein solches Szenario würde gleichzeitig die Tür öffnen, um die EU-Kommission weiter zu demokratisieren und gleichzeitig derart aufzuwerten, dass sie die Rolle einer europäischen Regierung wahrnehmen kann. Der Vorsitz einer solchen Kommission und die Kommission selbst muss ausschließlich durch das Europäische Parlament bestimmt werden, und die Mitgliederzahl und Zusammensetzung der Kommissare muss nach fachlichen Aspekten anstatt nach Nationalproporzen zusammengestellt werden. Selbstverständlich muss dann auch das Europäische Parlament als die bisher einzig demokratisch legitimierte EU-Institution in allen Politikbereichen volle Mitentscheidungsrechte und das legislative Initiativrecht erhalten.

Eine institutionelle Reform muss selbstverständlich auch sicherstellen, dass am Ende nicht eine zentralistische übermächtige Union mit einem einzigen übermächtigen Brüsseler Kraftzentrum entsteht, sondern vielmehr eine EU der Regionen, in der es klar gestufte und dem Subsidiaritätsprinzip genügende Zuständigkeiten gibt. Nur was nicht sinnvoll auf einer politischen Handlungsebene entschieden werden kann, darf auf die nächsthöhere Ebene verschoben werden. Die Politikbereiche, für die die EU zuständig sein sollte, müssen um die zentralen Bereiche der Fiskal- und der Sozialpolitik ausgeweitet werden. Das Ziel eines solchen Umbaus der EU muss eine Ausgleichsunion sein. Was das bedeutet, haben Axel Troost und Lisa Paus 2011 in „Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0“ beschrieben. (www.axel-troost.de/article/5211.eine-europaeische-ausgleichsunion-a-8211-diewaehrungsunion-2-0.html; Schriftenreihe Denkanstöße des Instituts der solidarischen Moderne)

Mancher mag dem entgegenhalten, dass letztlich nicht die Institutionen das Ausschlaggebende in einer Gesellschaft sind, sondern die realen Besitzverhältnisse. Nur: Welchen Erkenntnisgewinn bringt eine solche Feststellung heute noch? Und sind Steuerpolitik, Sozialpolitik und Tarifpolitik nicht deutliche Eingriffe in die Besitzverhältnisse? Und werden sie nicht ausgehandelt und durchgesetzt durch politische Institutionen? Abschaffen lassen sich die heutigen Besitzverhältnisse damit natürlich nicht – zumindest nicht in absehbarer Zeit. In den Institutionen erfahren die Besitzverhältnisse allerdings eine zivilisierende und humanisierende Regulierung und Domestizierung. Inwieweit dies gelingt, hängt wiederum in nicht unerheblicher Weise von der Struktur und Funktionsfähigkeit politischer Institutionen ab.

Was uns der Fall „Zypern“ noch lehrt...

Mit einer anderen Struktur der EU-Institutionen hätte eine alternative Krisenbewältigungsstrategie eine reale Chance gehabt. Welche Alternativen zur geschei-

terten EU-Ratspolitik mit einer anderen, eben europäischen Perspektive denkbar und realistisch sind, lässt sich auch am Beispiel Zyperns aufzeigen. Die Kritik der Bundesregierung und einer Mehrheit des EU-Rates zielt auf das zyprische Wirtschaftsmodell, ausgerichtet auf seinen Finanzsektor. Wie bereits skizziert, übersteigt das Bilanzvolumen des zyprischen Bankensektors das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Zyperns um mehr als das achtfache. In der Tat liegt dieser Wert deutlich über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer, wenngleich auch der luxemburgische Bankensektor mehr als dreimal größer ist als der zyprische.

Doch andererseits ist Zypern auch Teil des EU-Binnenmarktes und des Euroraums. Muss es uns nicht wundern, mit welcher Berechtigung die Größe des zyprischen Bankensektors nur ins Verhältnis zum zyprischen BIP gesetzt wird? Mit ähnlicher Logik könnte man letztlich auch die Bilanzsumme der in Frankfurt/Main ansässigen Banken ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung des Bundeslandes Hessen stellen anstatt zur Wirtschaftsleistung der gesamten Bundesrepublik. Eine absurde Vorstellung, aber gleichzeitig in der Logik der Kleinstaaterei, nur eben auf einer niedrigeren Ebene.

Setzt man den zyprischen Finanzsektor ins Verhältnis zum BIP der Union, wird aus einem Problem groß wie ein Elefant nichts mehr als ein Mäuschen. Dann wäre Zypern schlicht einer der Finanzstandorte neben anderen innerhalb des EU-Binnenmarktes. Nun gehört die Steuerpolitik zu jenen Politikfeldern, in denen die Finanzminister ihre Entscheidungshoheit weder mit Kommission noch mit dem Parlament teilen. Eines der kleinsten Mitgliedsländer für strukturelle Probleme der Union haftbar zu machen, führt ins Nichts. Das Europäische Parlament hat sich deshalb in seiner Resolution vom 21. Mai 2013 mit großer Mehrheit für eine konsequente Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung ausgesprochen. Trotz vorhergehender großer Ankündigungen konnte sich der EU-Rat in seiner darauf folgenden Sitzung vom 23. Mai 2013 nicht dazu durchringen, sich auf echte Fortschritte im Kampf gegen Steuerbetrug zu verständigen.

Bankenunion oder Standortwettbewerb der nationalen Finanzsektoren?

Um den zyprischen Bankensektor voll und ganz als Teil des EU-Binnenmarktes zu definieren, wären weitere Regulierungsschritte auf EU-Ebene erforderlich. Nötig wäre, was derzeit unter dem Begriff Bankenunion verhandelt wird: Eine einheitliche EU-weite Bankenaufsicht, eine EU-weite einheitliche Einlagensicherung, eine EU-weite einheitliche Regelung für die Auflösung von Banken, EU-weite einheitliche Regelungen für

Eigenkapital und den normalen Betrieb von Banken und des Finanzmarktes sowie eine Neustrukturierung des Bankensektors im EU-Binnenmarkt. Mit anderen Worten: Der bisherige Standortwettbewerb unter den EU-Mitgliedsstaaten im Banken- und Finanzsektor müsste einem einheitlichen Rahmen mit gleichen Regeln und gleichen Chancen für alle weichen („level playing field“). Die Logik des Standortwettbewerbs hat bislang eben auch eine sinnvolle binnenmarktweite einheitliche Regulierung des Finanzsektors verhindert.

Erste Ansätze einer EU-weiten Banken- und Finanzmarktregulierung gibt es bereits. Aufgeteilt auf die drei wichtigsten Finanzzentren der EU – London, Paris und Frankfurt – arbeiten seit 2011 die EU-Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Wertpapiermärkte. Die aktuellen Gesetzespakete sollen u.a. durch verbesserte Transparenz eine wirksame Aufsicht über die Märkte schaffen. Dazu soll der Handel zurück auf zugelassene und regulierte Handelsplattformen geholt werden. Zusätzlich sollen Banken größere Reserven an Eigenkapital aufbauen, die Geschäftsmodelle sollen seriöser und sicherer werden. Mit einem eigenen Initiativbericht drängt das Parlament zu weitergehenden Umstrukturierungen, etwa durch die Auftrennung von Geschäfts- und Investmentbanken.

Doch leider wiederholt sich bei all diesen pragmatischen und überfälligen Regulierungsschritten stets dasselbe Spiel: Während Parlament und Kommission Lösungen suchen, die eine Re-Regulierung des Binnenmarktes herstellen, pocht die Vertretung der Finanzminister immer wieder auf Schlupflöcher. Ein kleiner Vorteil für Santander oder Allianz hier, ein kleines Schlupfloch für die City of London dort – die Finanzmarktlobby hat heute nicht in der EU-Kommission, sondern im Ministerrat ihren wertvollsten Verbündeten!

Wem gehören die Steuern im gemeinsamen Markt?

Zurück zum Thema Zypern: Würde man die dortige Steueroase schließen ohne den Finanzsektor kaputtzumachen, würde sich natürlich sehr schnell die Frage stellen, wem der entsprechende Steuersegen zu Gute kommen sollte. Wenn Zypern in der skizzierten Form vom EU-Binnenmarkt profitiert, wäre es nicht konsequent, wenn alle daraus folgenden Steuereinnahmen alleine in den zyprischen Haushalt fließen würden. Ein Teil der Steuereinnahmen aus dem zyprischen Bankensektor sollte dann fairerweise in den Gemeinschaftshaushalt fließen.

Auch diese Frage stellt sich selbstverständlich nicht alleine mit Blick auf Zypern! Auch die Bundesrepublik als zentraler europäischer Industriestandort ist hier angesprochen, der derzeit

reichlich und zu Lasten anderer Mitgliedsstaaten von seinen Standortvorteilen profitiert. Nötig ist letztlich eine echte europäische Fiskalpolitik. Diese hätte mehrere Vorteile: Zunächst einmal würde sie den gegenwärtigen desaströsen Steuerwettbewerb unter den EU-Mitgliedsländern beenden, der mitverantwortlich für die desolate Lage der öffentlichen Haushalte ist. Und eine hohe Qualität öffentlicher Dienste, von denen letztlich jeder und jede profitiert, erfordert die Durchsetzung effektiver Mindeststeuersätze innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums. Selbst der EU-Steuerkommissar hat sich mittlerweile dieser Einsicht geöffnet.

Ein unabdingbares Element einer gemeinschaftlichen Fiskalpolitik wäre die vertragsgemäße vollständige Deckung des EU-Haushalts aus Eigenmitteln. Gegenwärtig deckt die EU ihre Ausgaben nur zu etwa einem Viertel aus Eigenmitteln – der Rest ist Geschacher. Nur ein durch Eigenmittel planungssicherer und letztlich auch deutlich höher ausgestatteter Haushalt würde die EU in die Lage versetzen, ihre wirtschaftlich schwächeren Regionen angemessen zu fördern.

Eine sinnvolle Förderung darf sich selbstverständlich nicht alleine auf das bestenfalls abstrakte, schlechtestenfalls ideologisch bornierte Ziel der Wettbewerbsfähigkeit einschießen. Vielmehr sind real vorhandene ökonomische Probleme und Chancen zu bearbeiten. So gibt es in Ländern wie Portugal und Griechenland erhebliche Probleme mit zu kleinen Produktionseinheiten. Das heißt, die Mengen, die ein traditioneller Produzent von Olivenöl oder Wein pro Jahr herstellt, sind so gering, dass er sie nicht an größere Direktabnehmer verkaufen kann. Für kleine Produzenten besteht also eine kaum überwindbare strukturelle Zugangsschwelle zum EU-Binnenmarkt. Hier Wege zu entwickeln wäre ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder. Die Suche nach neuen Branchen und Produktionsmöglichkeiten könnte technologische Zusammenarbeit mit hoch entwickelten Industriestandorten der EU benötigen. Der Ausbau der Solarenergie etwa könnte auch nur dann funktionieren, wenn die Einspeisung in ein angemessen großes Netz garantiert wäre.

Energie ist ein Thema, bei dem wieder Zypern ins Spiel kommt: Vor der Küste der kleinen südlich der Türkei gelegenen Mittelmeerinsel lagern enorme Gasvorkommen, die erst vor wenigen Jahren entdeckt wurden. Die Erschließung und der Abtransport des bislang noch nicht erschlossenen Gases erfordert beträchtliche Investitionen – kurzfristig eine Herkulesaufgabe für das kleine Land, die sich erst auf mittlere Sicht auszahlen würde. Es ist nur schwer nachzuvollziehen, wieso die Regierungen der EU

nicht bereit waren, mit der Christofias-Regierung über diese letztlich für die gesamte EU strategisch bedeutungsvolle Frage zu verhandeln!

Um sinnvolle Entwicklungsprojekte effektiv zu fördern, geht kein Weg an einem ausreichend ausgestatteten Gemeinschaftshaushalt vorbei. Die Blockade der Finanztransaktionssteuer durch die EU-Finanzminister ist auch in dieser Hinsicht eine politische Bankrotterklärung. Stattdessen führt der von der Bundesregierung durchgedrückte Fiskalpakt auch den EU-Haushalt in eine Sackgasse. Um die Regeln des Fiskalpakts einzuhalten, müssen fast alle Mitgliedsstaaten ihre Ausgaben drastisch senken. Da der EU-Haushalt gegenwärtig nur zu rund einem Viertel aus Eigenmitteln finanziert wird, muss der Rest durch außerordentliche Beitragszahlungen der Mitgliedsstaaten ausgeglichen werden. Weil sie den Forderungen des Fiskalpakts entsprechen wollen, werden die Mitgliedsländer ab 2014 erstmals weniger Zahlungen an die Gemeinschaft leisten als während des 2013 zu Ende gehenden Haushaltsrahmens.

Die Krise der EU ist eine politische – Will die Linke ein Teil der Lösung sein?

Man sieht: Ohne das Mauern der Regierungen könnte die Krise der EU bereits weitgehend überwunden sein. Doch die Neuregulierung des Finanzsektors ist bereits so weit verzögert, dass sie bestenfalls dazu dienen dürfte, kommende Krisen einzudämmen. Der Linken stünde es derzeit gut zu Gesicht, die ehrgeizige und demokratische Weiterentwicklung der europäischen Integration vorzudenken und politisch voranzutreiben sowie die Blockadepolitik des Rates sichtbar zu machen und die Regierungen öffentlich damit zu konfrontieren.

Die EU ist heute längst nicht mehr nur als Friedensprojekt und als Alternative zum gescheiterten Nationalstaatskonzept nötig. Die Herausforderungen unserer Zeit – vom Kampf gegen den Klimawandel, über die Sicherung unserer Energieversorgung, die Regulierung der Finanzmärkte, von der inzwischen auch die Altersvorsorge von Millionen ArbeitnehmerInnen abhängt – erfordern Kooperation anstatt bloßes Gegen- oder Nebeneinander! Die gegenwärtige Krise zeigt was die Linke eigentlich schon lange betont: Wettbewerb als Wettbewerb der Nationalstaaten, als Standortwettbewerb führt uns in den Abgrund. Märkte brauchen klare Regeln und Grenzen sowie einen politischen Rahmen, der diese Regeln und Grenzen definiert und durchsetzt. Das kann eine Politik nicht leisten, die im nationalstaatlichen Gegeneinander verharret, sondern nur eine postnationale demokratische Struktur, die einer Logik der Kooperation folgt!

•

Die aktuelle wahlkampfstrategische Aufstellung der Parteien

Gerade ist die 148-seitige Dokumentation „Wahlkampf-Strategien 2013 – Das Hochamt der Demokratie“ Erfahrungswissen und Kontext-Analysen aus Praxis und Forschung“ der gleichnamigen Fachkonferenz vom 11. bis 12.6.2013 in Berlin erschienen. (www.Otto-Brenner-Stiftung.de) Auf dieser Tagung, unterstützt von Heinrich Böll Stiftung, der Otto Brenner Stiftung und der Hans Böckler Stiftung, äußerten sich Wahlkampfmanager der wichtigsten Parteien. Ich hatte mir im Verlauf der Tagung folgendes notiert:

Die **CDU** sieht sich als einzig verbliebene Volkspartei. Daher ist deren programmatische Maxime: Keine Gruppe der Gesellschaft bei der Wähleransprache auslassen, allen etwas bieten. Gern auch Wahlversprechen und Geschenke.

Das begründet die *Copy And Paste*-Praxis der CDU. Es wird kein Thema ausgelassen. Asymmetrische Demobilisierung funktioniert also nicht nur durch das Vermeiden einer Stellungnahme zu kontroversen Themen, sondern durch Besetzen jedes Themas, wenn es keine kontroversen Themen gibt.

Werberisch hat sich CDU gestalterisch (Farben, Schrift, Bildsprache) eine Form gegeben, die alle und jede/n anspricht, Zugehörigkeit vermitteln soll.

Die Parteispitze sieht die Regierungszeit als Erfolgsgeschichte für Deutschland und Kanzlerin Merkel. Beide sind außerhalb Deutschlands respektiert und innerhalb beliebt wie nie.

Das Programm heißt „Deutschland geht es gut“, und es heißt Merkel. Es gibt keine Alternative, keine ernsthaften Interessenkonflikte, es wird nicht gestritten, nicht zugespitzt – auch nicht gegenüber der SPD. Von daher wird es auch kein *Negative Campaigning* geben, man würde damit nur bestimmte Wählergruppen verprellen, an die SPD binden.

Das Momentum scheint sich aktuell auf Seiten der CDU zu befinden.

Statt auf das *latente Wohlstands- und Sicherheitsgefühl* der CDU setzt die **SPD** auf ein in der Bevölkerung ebenso vorhandenes *latentes Unge- rechtsichtsgefühl*.

Auf den Harmonie- und Volksge- meinschaftsstil der CDU-Kampagne kann die SPD aber nur reagieren. Sie versucht dies mit „maximaler Kon- trastierung“ Auf der Tagung hörte sich das etwa so an:

Wir Sozialdemokraten wollen eine demokratiekonforme Marktwirt- schaft. Das ist etwas anderes als das, was Frau Merkel will. Wir wollen das Primat der Politik und damit der Bür- gerinnen und Bürger wieder herstel-

len. Wir wollen das Gemeinwohl vor den Profit des einzelnen stellen. Wir stehen für weniger Ellenbogenmentalität, weniger EGO. Wir stehen für mehr Zusammenhalt in dieser Gesellschaft. Kurz gefasst: Es geht um mehr Wir, weniger Ich.

Daher der Claim: *Das Wir entschei- det!*

Umgesetzt wird das in eine Art Ver- gleich der politischen Angebote: Zitat: *Statt 5 Euro Pflege-Bahr eine bessere Pflege für alle. Oder: Statt Lohnunter- grenze ein flächendeckender gesetz- licher Mindestlohn.* Man will Unter- schiede der vermeintlich baugleichen Produkte herausarbeiten. Kein *Nega- tive Campaigning* gegen Merkel, aber gegen die zweiten Reihe der Union – und thematisch.

Mein Kommentar:

Das kann nicht aufgehen. Bei jeder Wahl muss man fragen: geht es um *Change* oder um *Choice*? Die SPD setzt auf *Choice*. Weder personell (Stein- brück oder Merkel) noch programma- tisch (welches Thema bewegt und spal- tet die Nation – sie haben es nicht) kann und will sie *Change*, selbst wenn sie es wollte, immer ist die SPD zweite Wahl.

Die **Grünen** werden zum ersten Mal einen Bundestagswahlkampf in die Breite der Wählerschaft führen. *No Guts No Glory* (wörtlich: ohne Mumm,

www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/130717_erlaeuterung_zur_kampagne.pdf

DOKUMENTIERT:

Die Linke kommuniziert Werte wie Gleich- heit, Respekt, Würde, Konsequenz, So- lidarität, Frieden. Sie kommuniziert auch Zahlen.

Zahlen, die den Unterschied zu den ande- ren Parteien machen (10 Euro Mindestlohn, 1050 Euro Mi ndestrente). Zahlen, die Men- schen vor Armut schützen würden.

Das alles sind Forderungen, solche mit Nachdruck und deshalb mit Ausrufezeichen. Die Linke sagt laut und deutlich was sie für richtig und wichtig hält. Aber sie macht kein Geschrei. Sie artikuliert unnachgiebig die Interessen derer, die kein Gehör finden würden. Denn das ist ihre Funktion.

Schwarze Schrift auf weißem Grund, das ist die einfachste und ursprünglichste Form der Kommunikation seit der Erfindung des Papiers. Es ist eine Form, die zur Linken passt. Unverstellt und gerade heraus. Die Plakate zur Bundestagswahl 2013 sind nicht bebildert, behaupten sich in der bunten Wer- bewelt und bleiben so unterscheidbar, auch von denen der politischen Konkurrenz. Die Linke kommuniziert klar, entschieden und eigenständig. In der Gestaltung und auch sprachlich. Die Bilder entstehen in den Köp- fen: das Wartezimmer, die Flaschensamm- ler, das Talkshowgeschwätz, Afghanistan. Bei den Plakaten muss sich niemand etwas

Revolution?

Nein, einfach zeitgemäß: 10 Euro Mindestlohn sofort per Gesetz, 1050 Euro Mindestrente, Millionärsteuer einführen, Energie und Mieten für alle bezahlbar, Mindestsicherung statt Hartz IV, Waffenexporte verbieten!

www.die-linke.de



hinzudenken. Sie sind, was sie sein sollen: plakativ. Emotional, fordernd, rebellisch und auch augenzwinkernd in ihrer Tonalität entsprechen sie den politischen Erwartungenvon Wählerinnen und Wählern an Die Linke: dranzubleiben und den Finger immer wieder in die Wunde zu legen, Druck

zu machen, gute Ideen zu haben, hin und wieder auch radikaler, kompromissloser als die anderen Parteien zu sein. Vor allem, wenn es um Themen der sozialen Gerech- tigkeit, des Friedens und der Vertretung ostdeutscher Interessen geht. Denn das sind die Kernthemen linker Politik.

kein Ruhm) ist das (interne) Motto der Agentur. Das meint: Sie wollen Leute weit übers Potential, ihre tradierten linken Milieus hinaus ansprechen. Das Wahlprogramm dafür ist komplettiert, aber auch im einzelnen abgeschliffener als früher. Wer vielen was bieten will muss Kompromisse machen. Das ist das Risiko.

Was also tun? Der strategische Gedanke lautet: Politisierung! Die Grünen haben, anders als die SPD durch ihre Fesselung an die Regierungspolitik in allen strategischen Fragen, die *Fähigkeit zum Agenda Setting*. Sie werden versuchen Themen zu setzen, die breit diskutiert werden. So, wie es ihnen mit dem Thema Steuern gelungen ist. Das ist eine politische Kompetenz, die in ihren Milieus und darüber hinaus hoch im Kurs stehen dürfte. Wenn man so will die gehobene Version vom linken *Den Finger in die Wunde* legen. Das steht für Bewegung und damit sind sie die treibende politische Kraft gegen den Stillstand von Merkel, aber auch die Lahmheit der SPD.

Sie wollen, auch diese Fähigkeit dürften sie haben, kreativ und kommunikativ vorn sein mit ihrer Kampagne. Sie haben aus Fehlern (Künast in Berlin) gelernt. Abgefedert wird diese Strategie durch das *starke partizipa-*

torische Element, wie es sich bei der Festlegung der Agenda der politischen Vorhaben bewährt hat. Auch das eine Kernkompetenz der Grünen.

Negative Campaigning gegen Merkel und andere in der Union, gegen FDP und Die Linke.

Die **FDP** hat eine schlichte Strategie: Sie geht als *Lobbyistenpartei* für die Selbständigen und KMU in den Wahlkampf, stellt ihre lobbyistischen Leistungen der letzten Jahre heraus. Dazu kommt ihre Rolle als *Funktionspartei*, sie wird Rotgrün oder eine große Koalition verhindern wollen. Sie unterscheidet sich also von der CDU als programmatischer Partei, die im Wahlkampf zudem eine Art „Lobbyismus für jedermann“ pflegt durch klassischen Lobbyismus und als harmonisierender Partei durch lagerbezogene Polarisierung.

Negative Campaigning gegen Rot-Rot-Grün.

Die Linke muss neben dem Herausstellen ihrer eigenen Stärken den Angriff auf die Schwächen der andern Parteien wagen.

• Bei der *Union* sind dies, kurz gefasst, besonders die sozialen Kosten der Merkelschen Politik. Dafür steht die Person der Bundeskanzlerin, sie ist darum zu attackieren.¹

• Die **SPD** sollte besonders für ihre Unfähigkeit, der unsozialen Politik von Merkel eine echte Alternative entgegen zu stellen, für die Unfähigkeit, als Partei und mit dem Kandidaten eine solche darzustellen, angegriffen werden.

• Die **FDP** ist als das, was sie ist, nämlich Lobbyistenpartei zu benennen. Allerdings ist der schöne Schein, sie setze sich nur und zuerst für die Masse der Selbständigen und KMU ein, zu zerstören. Das Großkapital findet in ihr eine willige politische Dienerin.

• Die **Grünen** haben ihre Achillesferse beim Thema soziale Gerechtigkeit. Sie besetzen das Thema, aber es wird mit ihnen nicht verbunden. Riskant ist für die Grünen, dass damit auch deren Verbindung zur Agenda 2010, Hartz IV, bei der Wählerschaft assoziativ wachgerufen wird. Darauf wäre seitens der Linken zu zielen.

Negative Campaigning wäre dies seitens der Linken alles nicht wirklich, eher aufklärerisch, protestierend, öffentlich machend, analytisch-argumentativ. Es ergäbe aber eine schöne Geschichte (*Story Telling*):

Warum haben die andern Parteien ein Problem mit der sozialen Gerechtigkeit? Dr. Harald Pätzolt, 24.7.2013

1 Seit der Tagung haben sich zwei der Kanzlerin gefährlich werdende Entwicklungen ergeben: Erstens der Überwachungsskandal, das transatlantische Verhältnis, Außenpolitik generell galt als unbedingte Stärke des Systems Merkel. Zweitens die Verhöhnung und Vorführung von Deutschlands Regierung im öffentlich gewordenen Telefongespräch irischer Bankmanager. Auch dieses Feld, die Bankenkrise, galt als wohlbestelltes Merkelland.



Mittleren Osten: Hegemonie versus Demokratie • EU: Kampf gegen Schein-selbstständigkeit • Antikriegstag 2013

Krankenhäuser und Geld: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben 4

Einige Grundzüge des Qualitätsmanagements im Gesundheitswesen

Flüchtlinge: Kaum mehr als Symbolpolitik 7

Auslandsnachrichten 8

Schweiz: Streik von Spar-Kolleginnen in Dättwil • Österreich: Übernahme statt Fremdvergabe! • Spanien: Streik bei Swissport dauert an • Südafrika: Satawu ruft zum Streik bei Airlines auf • Libanon: Gewerkschaft bringt Mon-delez vor Schiedsgericht • Philippinen: Gewerkschafter erschossen • China: Sandgestrahlte -atemraubende Jeans

Aktionen ... Initiativen 10

Grundwerte im Wahlkampf • Schiebt Flüchtlinge nicht aufs offene Meer zu-rück! • Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014 vorbereiten • „Rock gegen Rechts Stralsund“ rockt nun bereits seit acht Jahren • Die unter-schätzte Gefahr des Normalbetriebs • Aufruf an Minister Peter Ramsauer • Einladung zur europäischen Blockupy-Aktionskonferenz • Freiheit statt Angst – Ein Zwischenbericht • Demoparade Butt&Better

Positionierung zur Archäologischen Zone/ Jüdi-sches Museum Köln 12

Mannheim: Wohnungspolitische Veranstaltung der SPD 13

Protest gegen Schüler-Burschenschaften 13

Kommunale Politik 14

„Tschüss Vattenfall!“ Hamburg. • Mie-ter schützen, Verdrängung verhindern! Köln. • „Wohnungsangebot für arme Familien“ dem Stadtrat vorstellen: München. • Streit um Mieterhöhungen: Norderstedt. • Messe-Bürgerbegehren gestartet: Essen. • Einschulungsbeihil-fe wichtig für Familien mit wenig Geld: Köln. • SÖS-Linke: Betreuung sichern! Stuttgart. • Maßnahmen gegen Mob-bing in der Schule gefordert: Mannheim.

Zehntausende arbeiten für Niedriglohn 16

Verkaufsoffene Sonntage – so war das nicht gedacht 16

Wirtschaftspresse 16

Die Linke beschäftigt sich mit Reformvorschlä-gen zur wirtschaftlichen und institutionellen Weiterentwicklung der EU und der europäi-schen Integration 17

Finanzminister, bleibt in euren Hauptstädten! 17

Die aktuelle wahlkampfstrategische Aufstel-lung der Parteien 22

Neu bei Rosa Luxemburg Stiftung

Die unregelmäßig in einer Internetausgabe erscheinenden Osteuropa-Nachrichten der Rosa Luxemburg Stiftung beschäftigen sich in dem im Juli 2013 veröffentlichten Heft mit dem Schwerpunkt Russland. Wir zitieren aus dem Einleitungsartikel von Tiina Fahrni, RLS Moskau.

Ständig Missverständnisse: Wenn es um Russland geht, reden Osten und Westen aneinander vorbei

März 2013. Teams aus BeamtInnen von Staatsanwaltschaft, Steuerbehörden und Justizministerium statten Niederlassungen russischer und internationaler Nichtregierungsorganisationen (NRO) unangekündigt Kontrollbesuche ab. Sie interessieren sich für Bankbewegungen, Stellenpläne, Computerlizenzen, aber auch für Ziele der Arbeit und Herkunft der Gelder. Bis Ende März sind rund hundert Organisationen in 25 Regionen besucht worden, auch die Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau und die Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Petersburg. Die deutsche Presse spricht von „Razzien“, auf höchster politischer Ebene ist von einer schweren Belastung der bilateralen Beziehungen die Rede. Berechtigt?

November 2012. Auf dem elften „Petersburger Dialog“ in Moskau tum-melt sich die Crème de la Crème der deutsch-russischen Beziehungen, um die 250 Personen. Das Ereignis nennt sich „offenes Diskussionsforum“. Was in der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft alle beschäftigt, ist eine Gesetzesno-velle, die besagt, dass NRO, die sich politisch betätigen und Gelder von aus-ländischen Gebern erhalten, sich als „ausländische Agenten“ zu bezeichnen haben. Aber nicht nur dieses Gesetz wurde seit dem Beginn von Putins er-neuter Präsidentschaft im Mai 2012 verabschiedet. Der Tatbestand der Ver-leumdung wurde wieder ins Strafge-setzbuch aufgenommen und kann bei Bedarf als Zensurinstrument genutzt werden. Internetseiten werden stren-ger kontrolliert, Minderjährige sollen vor Propaganda sogenannter sexueller Minderheiten geschützt werden, die Bußgelder für Zuwiderhandlungen auf Demonstrationen wurden um ein Viel-faches erhöht. Deutschland reagierte mit Kritik und stellte die Demokratie in Russland infrage. Berechtigt!

Aber vor welchem Hintergrund? Eine Demokratie westlichen Schnittmus-ters gibt es in Russland nicht, hat es nie gegeben und wird es nicht geben. Eine russische Ausprägung demokratischen

Funktionierens von Gesellschaft ist nicht entstanden – nicht zuletzt, weil nach dem Zusammenbruch der Sowjet-union eiligst Kopien von im Westen be-währten Systemen auf nicht gewach-sene Strukturen aufgepfropft wurden. Der demokratische Wandel wurde we-niger von konzeptuellen, zielgerich-teten gesamtgesellschaftlichen Über-legungen geleitet, denn im Chaos des Übergangs verkündet. Es gab weder Druck von innen in Form einer Massen-protestbewegung, noch die Zeit und den politischen Willen, um darüber nach-zudenken, welche Art der Entwicklung für das auseinanderfallende Imperium am geeignetsten wäre. Die Angst vor Leere und Reflexion, innen wie außen, und existenzielle Sorgen verhin-derten, dass BürgerInnen Raum fanden für die Entwicklung eines erneuern-den, gerechten und auf dem Gedan-ken der Gleichwertigkeit beruhenden Miteinanders. Am Petersburger Dialog wurde eindrücklich demonstriert, was die Veranstalter unter einem „offenen Diskussionsforum“ verstehen. Beim Rundtischgespräch „Die Kunst einan-der zuzuhören“ quäkte eine Bundes-tagsabgeordnete als Kommentar zur deutschen Kritik gegenüber Russland „wir wohnen doch in derselben WG, da ist es ganz normal, einander auch mal zu kritisieren“ in die Runde. In Russland ist die Wohngemeinschaft eine kaum betriebene Form des Zusam-menlebens – dies zur interkulturellen Lesbarkeit von Metaphern. In der sow-jetischen „Kommunalka“, die einer WG strukturell wohl am nächsten kommt, teilte man sich unfreiwillig mit Unbe-kannten den Wohnraum und versuchte, möglichst konfliktlos nebeneinander her zu leben.

Kommt dieses Bild der heutigen Situ-ation näher? Ein russischer Gesprächs-teilnehmer klagte: „Selbst zu meiner Tochter sage ich nicht: ‚Du musst dies oder jenes tun‘, so wie es derzeit Deutschland Russland gegenüber tut.“ So und so ähnlich redet man weiter an-einander vorbei. Forderung nach Frei-heit und Demokratie hier, Beharren auf eigenem Weg und Ablehnung von Bevormundung dort.

Weitere Aufsätze in Osteuropa-Nachrichten der Rosa Luxemburg Stiftung 1/2013:

Es regt sich Protest in Georgien • Russlands Kommunisten halten Kurs • Politpropagan-da Dot Com • Der 8. März in Moskau • Und das F*-Wort • „Lieber rot als schwul!“ • Über Mütter & Väter, Opfer & Täter abrufbar unter: www.rosalux.de

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sechs Wochen am 12. September 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 26. Juli.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine:

10. Okt., 7. Nov., 5. Dez. 2013, ,